

DOMINIK RIGOLL

## Kommunistische Solidaritätspolitik im demokratischen, nationalistischen und kolonialen Frankreich 1920–2010\*

»Eine grundsätzliche Bemerkung vorweg: In anderen, nicht kommunistisch regierten Teilen der Welt waren Parteigänger und Freunde des Kommunismus Verbündete von Demokraten gegen Diktatoren und brutale Ausbeuter. In manchen autoritären Regimen waren sie unterschiedene, manchmal letzte Opposition.«<sup>1</sup>

Im August 2000 fand im Stade de France, dem größten französischen Sportstadion, eine Feier für 60.000 Kinder aus armen Familien statt, denen die französische Volkswohlfahrt (»Secours populaire français«, SPF) in den Sommerferien ermöglicht hatte, einen Tag in Paris Urlaub zu machen. Schirmherren des Festes waren Zinedine Zidane und Ronaldo. Bereits am Morgen hatten Präsident Jacques Chirac, Ministerpräsident Lionel Jospin und Bürgermeister Jean Tiberi die Kinder empfangen.<sup>2</sup> Der erste Generalsekretär des SPF, der diese Kinderferienaktion 1979 ins Leben gerufen hatte, war von 1944 bis 1947 Pierre Kaldor gewesen. Danach gehörte er der Organisationsleitung als Ehrenmitglied an. Kaldor zählt in vieler Hinsicht zu den Protagonisten solidarischen Handelns in Frankreich. Angeleitet von Veteranen, die in den 1920er-Jahren die ersten Rechtsschutz- und Wohlfahrtsstrukturen im Umfeld der Kommunistischen Partei Frankreichs (»Parti communiste français«, PCF) begründet hatten, betrieb der Pariser Rechtsanwalt von den 1930er- bis zu den 2000er-Jahren kommunistische Solidaritätspolitik. In seinem Wirken spiegelt sich der Wandel dieser Politik im 20. und 21. Jahrhundert wider – in Frankreich und den Kolonien, aber auch in der Bundesrepublik Deutschland, wo er in den Protesten gegen den Ausschluss von Kommunisten aus dem öffentlichen Dienst aktiv war. Der kommunistische Solidarismus<sup>3</sup>, für den Kaldor stand, war internationalistisch und umfasste neben dem Humanitarismus und Wohlfahrtsaktivismus auch die antifaschistische Militanz zur Zeit der nationalistischen Ligen und später der deutschen Besatzung sowie Grund- und Menschenrechtsaktivismus für Angehörige oder Verbündete der kommunistischen Bewegung in Frankreich und im Ausland. Akteure der Solidaritätspolitik waren nicht nur PCF und SPF, sondern auch andere kommunistisch dominierte Organisationen, in denen Kaldor leitend wirkte. 2007 wurde er von der Republik zum Ritter der Ehrenlegion ernannt – für »62 Jahre beruflicher und zivilgesellschaftlicher Aktivität sowie aufgrund militärischer Verdienste.«<sup>4</sup> Bereits 1997 war ihm der Menschenrechtspreis der deutschen

\* Max Adler, Sonia Combe, Claudia Gatzka und Helga Grebing zugeeignet, denen dieser Text viel verdankt. Dank für ihre kritische Lektüre geht an Juliane Fürst, Mario Keßler und Alex Oberländer.

1 Joachim Gauck, Vom schwierigen Umgang mit der Wahrnehmung, in: Stéphane Courtois/Nicolas Werth/Jean-Louis Panné u. a. (Hrsg.), Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen, Terror, München/Zürich 1999 (zuerst frz. 1997), S. 885–894, hier: S. 885.

2 La Journée des oubliés des vacances du Secours populaire, in: L'Humanité, 25.8.2000.

3 Dieser Begriff wird hier synonym mit »Solidaritätspolitik« verwendet, um Praktiken und Ideologien der Solidarität zu untersuchen. Mit den politischen Doktrinen gleichen Namens hat er nichts zu tun.

4 Journal Officiel, 14.7.2007. Die Übersetzungen stammen hier und im Folgenden von mir.

»Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde« (GBM) verliehen worden – für sein Engagement gegen den »Radikalenerlass« von 1972 und die »Abwicklung« nach 1990.<sup>5</sup>

Kaldor dient dem vorliegenden Beitrag als Sonde<sup>6</sup>, um Bedingungen, Formen und Auswirkungen kommunistischer Solidaritätspolitik in ihrer Variationsbreite einer ersten Analyse zu unterziehen – über viele Jahre, Orte und politische Systemgrenzen hinweg. Erstens wird klassisch biografisch rekonstruiert, weshalb sich Kaldor solidaritätspolitisch engagierte und wie diese Tätigkeit sein Kommunistsein<sup>7</sup> prägte. Zweitens untersucht der Beitrag aus Kaldors Perspektive die sich wandelnden Praktiken und Ideologien des kommunistischen Solidarismus. Drittens spürt er den Spuren nach, die dieser Solidarismus im demokratischen, nationalistischen und kolonialen Frankreich hinterließ. Ziel des Beitrags ist es, eine transnationale Geschichte des kommunistischen Solidarismus in Frankreich zu explorieren und weitere Forschungen anzuregen. Von Interesse sind die Befunde nicht nur für die Kommunismus- und Sozialismusforschung, die sich zuletzt viel mit der Frage beschäftigte, was Menschen in die revolutionäre Arbeiterbewegung trieb.<sup>8</sup> Sie sind auch demokratiegeschichtlich von Relevanz, denn der kommunistische Solidarismus verstand sich stets als demokratisch, passte sich den gesellschaftlichen Bedingungen an, die ihn in kapitalistisch verfassten Demokratien umgaben, und prägte diese zugleich. Die Entwicklung der kommunistischen Solidaritätspolitik in Frankreich spiegelt daher auch den Wandel des Verhältnisses von Demokratie und Kommunismus in diesem Land wider.<sup>9</sup> Und nicht zuletzt schreibt sich der Beitrag in Forschungen zu Menschenrechten und Humanitarismus ein<sup>10</sup>, denn im Solidarismus sind beide zunächst verquickt und fallen später wieder auseinander.

Ein methodisches Problem ist nun allerdings, dass momentan gleichsam zwei Historiografien existieren, die die Rolle des Kommunismus in Frankreich und in der westlichen Demokratie generell auf entgegengesetzte Art interpretieren. Auf der einen Seite stehen Arbeiten, die mehr oder weniger explizit annehmen, der »kommunistische Abdruck« habe der französischen Gesellschaft gutgetan.<sup>11</sup> Axelle Brodiez, die das Standardwerk zum SPF vorgelegt hat, erzählt dessen Geschichte als die einer für die Demokratie profitablen Entwicklung von der doktrinären »Massenorganisation«

5 Klaus Dümde/Pierre Kaldor, Irrweg der Diskriminierung, in: Neues Deutschland, 8.12.1997.

6 In Anlehnung an Thomas Etzemüller, Biographien: Lesen – erforschen – erzählen, Frankfurt am Main/New York 2012, der von »biografischen Sonden« spricht und veranschaulicht, wie »biografisches Material als »Sonde« genutzt werden kann«, um »verborgene Probleme sichtbar zu machen« (S. 73).

7 Der Begriff ist dem kommunistischen Schriftsteller Ronald M. Schernikau entlehnt: Ronald M. Schernikau, Legende, hrsg. v. Lucas Mielke/Helen Thein/Thomas Keck, Berlin 2019 (zuerst 1999), S. 902.

8 Vgl. bspw. Christina Morina, Die Erfindung des Marxismus. Wie eine Idee die Welt eroberte, München 2017; Martin Sabrow, Erich Honecker. Das Leben davor: 1912–1945, München 2016; Annette Wieviorka, Maurice et Jeannette. Biographie du couple Thorez, Paris 2010.

9 Vgl. auch Claudia C. Gatzka, Die Demokratie der Wähler. Stadtgesellschaft und politische Kommunikation in Italien und der Bundesrepublik 1944–1979, Düsseldorf 2019; Till Kössler, Abschied von der Revolution. Kommunisten und Gesellschaft in Westdeutschland 1945–1968, Düsseldorf 2004.

10 Pointiert die Debatte zusammenfassend und zugleich Stellung beziehend ist Samuel Moyn, Theses on Humanitarianism and Human Rights, in: Zeitgeschichte-online, 7.12.2018, URL: <<https://zeitgeschichte-online.de/themen/theses-humanitarianism-and-human-rights>> [17.3.2020].

11 Roger Martelli, L'empreinte communiste. PCF et société française, 1920–2010, Paris 2010.

zu einem humanitären Player – eine Wendung vom »politischen« Kommunismus zum »apolitischen« Humanitarismus, die der SPF laut Brodiez schon früher hätte vollziehen können, wenn Kaldor nicht 1947 von der Organisationsspitze verdrängt worden wäre.<sup>12</sup> Liora Israël hat sich mit dem Kampf der Nationalen Juristenfront (»Front national des juristes«, FNJ) gegen die Besetzung und das Vichy-Regime beschäftigt, an dem Kaldor teilnahm, nachdem er 1943 von einem Fluchthelfernetzwerk um seine Ehefrau Charlotte aus dem Gefängnis befreit worden war.<sup>13</sup> Auch diese Tätigkeit wird ganz selbstverständlich als Verteidigung der Freiheit und der nationalen Unabhängigkeit analysiert, auch wenn sich die kommunistische Parteiführung zu dieser Zeit an Stalins Sowjetunion orientierte. Vanessa Codaccioni, Sharon Elbaz und Alain Ruscio beschreiben mit viel Empathie, wie Kaldor zwischen 1949 und 1960 zuerst in Côte d'Ivoire und dann mehrere Jahre lang in Algerien gemeinsam mit Hunderten weiteren freiwilligen Anwältinnen und Anwälten mit Unterstützung des SPF unentgeltlich antikoloniale Kämpfer vor französischen Militärtribunalen vereidigte, also auf die Rechtsstaatlichkeit von Gerichtsverfahren von Menschen pochte, die von der französischen Kolonialgerichtsbarkeit als Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse behandelt wurden.<sup>14</sup> Kaldors Aktivitäten als Leiter des französischen Komitees für Meinungsfreiheit und gegen Berufsverbote habe ich mich selbst gewidmet und argumentiert, dass die kommunistisch dominierten Proteste gegen den sogenannten Radikalenerlass von 1972 zur Liberalisierung respektive Verwestlichung der Bundesrepublik beigetragen haben.<sup>15</sup> Für Pierre Kaldor interessiert hat sich schließlich auch die Literaturwissenschaft, da ihm eine Person in Louis Aragons vierbändigem Epos »Les communistes« nachempfunden ist. Kaldor ist in den »Aragon-Studien«, die mit ihrem Untersuchungsgegenstand sympathisieren, jedoch kein Objekt kritischer Analyse, sondern ein verehrter Held und Zeitzeuge.<sup>16</sup>

Dem gegenüber stehen Studien, die eine ganz andere Geschichte erzählen – nicht die eines linken Humanisten, sondern die eines linken Extremisten. So war Kaldor zu einer Zeit in der kommunistischen Bewegung aktiv, da diese nach Andreas Wirsching eine »totalitäre Bewegung« war – also »politischer Extremismus«.<sup>17</sup> Auch Thomas Kroll

12 Axelle Brodiez, *Le Secours populaire français 1945–2000. Du communisme à l'humanitaire*, Paris 2006, S. 45–73.

13 Liora Israël, *Robes noires, années sombres: La Résistance dans les milieux judiciaires*, Paris 2005.

14 Vanessa Codaccioni, *Punir les opposants. PCF et procès politiques 1947–1962*, Paris 2013, S. 319–385; Sharon Elbaz, *Les avocats métropolitains dans les procès du Rassemblement démocratique africain (1949–1952): un banc d'essai pour les »collectifs d'avocats« en guerre d'Algérie?*, in: *Bulletin de l'Institut d'histoire du temps présent*, 2002, Nr. 80, S. 44–60; *dies.*, *L'avocat et sa cause en milieu colonial. La défense politique dans le procès de l'Organisation spéciale du Mouvement pour le triomphe des libertés en Algérie (1950–1952)*, in: *Politix*, 2003, Nr. 62, S. 65–91; Alain Ruscio, *Les communistes et l'Algérie. Des origines à la guerre d'indépendance, 1920–1962*, Paris 2019.

15 Dominik Rigoll, *Erfahrene Alte und entradikalisierte 68er. Menschenrechte im roten Jahrzehnt*, in: Norbert Frei/Annette Weinke (Hrsg.), *Toward a New Moral World Order? Menschenrechtspolitik und Völkerrecht seit 1945*, Göttingen 2013, S. 182–192. Dort auch weitere Literaturhinweise.

16 Maryse Vassevière, Pierre Kaldor, *entretien*, in: *Recherches croisées Aragon/Elsa Triolet* 5, 1994, S. 237–259; François Eychart, *Notre ami Pierre Kaldor*, in: *Faites entrer l'infini* Nr. 49, Juni 2010, S. 68–69.

17 Andreas Wirsching, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39*, Berlin und Paris im Vergleich, München 1998, S. 6–17.

spricht mit Blick auf die westeuropäischen Kommunisten von einer »totalitären Bewegung«, die gerade in Frankreich eine »kommunistische Gegengesellschaft« gebildet und sich nach 1947 so sehr »gegen Einflüsse von außen immunisiert« habe, dass sie »totalitäre Züge« annahm.<sup>18</sup> Marc Lazar attestierte dem französischen Kommunismus vor einigen Jahren, die französische Demokratie in einer Weise negativ beeinflusst zu haben, die noch heute in den politischen Debatten spürbar sei, obwohl der PCF längst marginalisiert ist.<sup>19</sup> Die kommunistisch dominierten Proteste gegen den »Radikalen-erlass«, die ich als Bestandteile einer Liberalisierung der Bundesrepublik und einer Verwestlichung von links analysiert habe, bezeichnet der Politologe Wolfgang Rudzio als »Erosion der Abgrenzung« zwischen »demokratischen« und »extremistischen Linken«.<sup>20</sup> Der Daseinszweck der GBM, die Kaldor 1997 mit ihrem Menschenrechtspreis auszeichnete, bezeichnet Eckhard Jesse als »DDR-Apologie im primitiven Sinne«, ja als »Geschichtsklitterung« und »Geschichtsrevisionismus«.<sup>21</sup> Der australische Musikhistoriker Mark Carroll schließlich, der sich mit der Französischen Vereinigung progressiver Musiker (»Association française des musiciens progressistes«) beschäftigt hat, zu deren Gründungsmitgliedern Kaldor 1948 zählte, bezeichnet die Organisation und die kommunistische Intellektuellen-Zeitschrift »Les Lettres françaises«, für die Kaldor unter anderem Musikkritiken verfasste, als »stalinistisch«.<sup>22</sup> Tatsächlich war Kaldor 1949 als Anwalt in dem Prozess wegen Verleumdung aktiv, den die »Lettres françaises« gegen den Dissidenten Wiktor Krawtschenko angestrengt hatten, um dessen – inhaltlich korrekte – Schrift über den Gulag, die Arbeitslager in der Sowjetunion, als Lügenpropaganda zu entlarven, die der Kriegsvorbereitung diene.<sup>23</sup> Anders als sein langjähriger Kollege Joë Nordmann hat sich Kaldor auch nie vom Krawtschenko-Prozess distanziert.<sup>24</sup>

Diese grundlegenden Unterschiede in der Deutung des Kommunismus im Westen spiegeln nicht nur die Ambivalenzen wider, die in die zeitgenössischen Praktiken und Ideologien der kommunistischen Bewegung eingelassen waren. Sie ergeben sich ebenso aus unterschiedlichen normativen Standpunkten im Wissenschaftsbetrieb.

18 Thomas Kroll, *Kommunistische Intellektuelle in Westeuropa. Frankreich, Österreich, Italien und Großbritannien im Vergleich (1945–1956)*, Köln/Weimar etc. 2007, S. 28, bezugnehmend auf Annie Kriegel.

19 Marc Lazar, *Le communisme, une passion française*, Paris 2002.

20 Wolfgang Rudzio, *Die Erosion der Abgrenzung. Zum Verhältnis zwischen der demokratischen Linken und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden 1988.

21 Eckhard Jesse, *Fakten und Erkenntnisse, keine Mythen und Legenden*, in: *Deutschland Archiv*, 10.10.2011, URL: <<https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/53270/fakten-und-erkenntnisse-keine-mythen>> [4.12.2020], verweisend auf Norman Bock, *Postkommunistischer Geschichtsrevisionismus. Die Verklärung der SED-Diktatur*, in: *GWP – Gesellschaft. Wirtschaft. Politik* 58, 2009, S. 377–386.

22 Mark Carroll, *Music and Ideology in Cold War Europe*, Cambridge/New York etc. 2006, S. 51 und 173; ders., *All Together Now. The Prague Manifesto (1948) and the Association française des musiciens progressistes*, in: *French History and Civilization*, Bd. 2, hrsg. v. Vesna Drapac/André Lambelet, 2009, S. 82–90.

23 Liora Israël, *Un procès du Goulag au temps du Goulag? L'affaire Kravchenko (1949)*, in: *Critique internationale*, 2007, Nr. 36, S. 85–101.

24 Joë Nordmann/Anne Brunel, *Aux vents de l'histoire. Mémoires*, Paris 1996, zum Krawtschenko-Prozess vgl. ebd., S. 186–193.

Um die Rolle des westeuropäischen Kommunismus in der Geschichte der Demokratie, der Dekolonisierung und des Rechtsaktivismus präzise vermessen zu können, ist es an der Zeit, diese normativen Widersprüche als Anomalien zu begreifen und zu versuchen, sie durch die Entwicklung alternativer Begrifflichkeiten aufzulösen.<sup>25</sup> Einen Fingerzeig, wie dies vonstattengehen kann, gibt ironischerweise das »Schwarzbuch des Kommunismus«, dessen deutscher Fassung das eingangs zitierte Nachwort von Joachim Gauck beigegeben ist, in dem dieser eine stärkere Differenzierung zwischen Staatssozialismus und westlichem Bewegungskommunismus anmahnt: Auch angesichts der in dem Buch beschriebenen Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen im kommunistischen Machtbereich dürfe nicht vergessen werden, dass »Parteigänger und Freunde des Kommunismus« in »nicht kommunistisch regierten Teilen der Welt« immer wieder »Verbündete von Demokraten gegen Diktatoren und brutale Ausbeuter« gewesen seien. Und sie hätten diese demokratische Rolle spielen können, gerade weil sie überzeugte und loyale Parteikommunisten waren: »Ihr Widerstand und ihre Leidensbereitschaft erwachsen aus kommunistischen Idealen.«<sup>26</sup>

Die Lesart des kommunistischen Solidarismus, die ich auf den nächsten Seiten anbieten möchte, spinnt diesen Gedanken in zweierlei Hinsicht weiter. Erstens sprechen die Befunde im Fall Kaldor dafür, dass Kommunisten wie er nicht nur in rechten Diktaturen und kolonialen Regimen demokratische oder demokratiekompatible Solidaritätspolitik betrieben, sondern auch in den liberalen Demokratien selbst. Dass dem so war, hatte nicht nur mit der kommunistischen Ideologie zu tun, die schon deshalb viele Überschneidungen mit demokratischen Ideologien aufwies, weil sie über dieselben Wurzeln verfügte.<sup>27</sup> Auch die konkreten politischen Praktiken westeuropäischer Kommunisten stimmten oft mit denen demokratischer Akteure überein oder schlossen an ältere demokratische Traditionen an.<sup>28</sup> Auf dieser gemeinsamen Basis fand seit 1920 eine *Kommunisierung*<sup>29</sup> der französischen Demokratie und eine *Demokratisierung des französischen Kommunismus* statt. So lautet jedenfalls eine erste These – und zugleich ein erster Vorschlag, wie die eben beschriebenen normativen Deutungsunterschiede in Bezug auf die Wechselwirkungen zwischen Demokratie und Kommunismus auf einen objektiveren gemeinsamen Begriff gebracht werden könnten. Zweitens legt das Beispiel Kaldor meinem Dafürhalten nach nahe, dass die in Teilen der Forschung als totalitär, extremistisch, stalinistisch oder ähnlich beschriebene Struktur der kommunistischen Bewegung – starke Abschottung nach außen, starker Autoritarismus nach innen – nicht nur in ihrer Ideologie angelegt war, sondern auch und vielleicht vor allem in der massiven Abwehr und Ausgrenzung, der diese Bewegung von Beginn auf

25 Anregend zur Bedeutung von Anomalieanalysen für den wissenschaftlichen Fortschritt ist Thomas S. Kuhn, *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*, Frankfurt am Main 1991 (zuerst engl. 1962).

26 Gauck, *Vom schwierigen Umgang mit der Wahrnehmung*, S. 885.

27 In ihrer methodischen Klarheit und politischen Unaufgeregtheit lesenswert hierzu ist Helga Grebing, *Linksradikalismus gleich Rechtsradikalismus. Eine falsche Gleichung*, Stuttgart/Berlin etc. 1971.

28 Für den anders gelagerten, aber in diesem Punkt vergleichbaren italienischen Fall Ähnliches herausgearbeitet hat Gatzka, *Die Demokratie der Wähler*; vgl. außerdem dies., *Der »neue Mensch« auf ausgetrampelten Pfaden. Kommunistische Bewährung und politischer Massenmarkt im postfaschistischen Italien*, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung*, 2012, S. 145–157.

29 Der Begriff stammt von Max Adler, *Die Staatsauffassung des Marxismus. Ein Beitrag zur Unterscheidung von soziologischer und juristischer Methode*, Darmstadt 1964 (zuerst 1922), S. 180–187.

internationaler Ebene, in Russland selbst und in allen anderen Staaten ausgesetzt war, lange bevor sich immer festere Strukturen herausbilden konnten.<sup>30</sup> Für Kaldor war der autoritäre Apparat des PCF deshalb nicht nur die Basis für politischen Aktivismus in der demokratischen Republik und militanten Widerstand in der nationalistischen Diktatur, sondern auch ein organisierter Rückzugsraum, der materiellen und emotionalen Schutz bot. Wenn »le parti« ihm dennoch zur Zumutung wurde, verhielt er sich als *linientreuer Dissident*<sup>31</sup> und brachte Kritik nur intern an. Eine zweite Option, die er nutzte, war das Engagement in Vorfeldorganisationen: *Umfeldaktivismus*. Hier konnte er sich – zumal im Ausland – dem Autoritarismus der Partei ebenso entziehen wie später ihrem Reformismus. So jedenfalls eine zweite These und eine Begrifflichkeit, mit der der scheinbare Widerspruch zwischen dem Autoritarismus des PCF und seiner Demokratiekompatibilität aufgelöst werden könnte.

Wie Kommunistisierung und Demokratisierung im Einzelnen abliefen und welche Formen der linientreuen Dissidenz und des Umfeldaktivismus existieren konnten, wird im Folgenden am Beispiel Pierre Kaldors betrachtet. Seine Aktivitäten verweisen auf eine Geschichte des Kommunismus in der demokratischen Republik, der nationalistischen Diktatur und im kolonialistischen Frankreich, die eigentümlich unberührt erscheint von großen kommunismusgeschichtlichen Zäsuren – 1956 zum Beispiel. Sieht man einmal vom gleichsam prägenden Jahr 1991 ab, in dem Kaldor in Rente und die Sowjetunion unterging, entsprechen die sechs Phasen, in die sich Kaldors politisches Wirken einteilen lässt, eher denen der französischen Zeitgeschichte. Deutlich wird dabei, dass die Solidaritätspolitik, die Kaldor betreiben konnte, weniger von seiner eigenen Motivationslage abhing als von der gesellschaftlichen Position, in der sich die kommunistische Bewegung in Frankreich jeweils befand. Die sich wandelnden politischen Kräfteverhältnisse brachten unterschiedliche Aggregatzustände hervor, in denen sich kommunistische Solidaritätspolitik materialisierte. In Zeiten großer Repression, also mit kurzen Unterbrechungen zwischen 1920 und 1961, war Solidarismus stark *verparteilicht*, kam also vor allem »den eigenen Leuten« zugute. In Zeiten der Entspannung, also während des »Front populaire«, im Widerstand und ab den 1960er-Jahren, konnte sie teilweise *vergesellschaftlicht* und sogar *ver(sozial)staatlicht* werden.

## I. Antirepression und Antifaschismus 1920–1939

Als sich Pierre Kaldor der kommunistischen Bewegung anschloss, deren Geburtsstunde die Gründung der »Section française de l'internationale communiste« (SFIC)

30 Zur Bedeutung des Antikommunismus für die Entwicklung des Kommunismus vgl. auch Dominik Rigoll, *Ambivalenzen des Antikommunismus. Von der Niederschlagung der Pariser Kommune zum Vernichtungskrieg gegen den »jüdischen Bolschewismus«*, in: Die Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Stasi-Unterlagen (Hrsg.), »Ein Gespenst geht um in Europa...«. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert, Schwerin 2018, S. 101–121; ders., *Antikommunismus vor 1917? Eine Skizze*, in: Norbert Frei/Dominik Rigoll (Hrsg.), *Der Antikommunismus in seiner Epoche. Weltanschauung und Politik in Deutschland, Europa und den USA*, Göttingen 2017, S. 32–48.

31 Als »linientreuen Dissidenten« hat sich erstmals der deutsche Wirtschaftshistoriker Jürgen Kuczynski bezeichnet, ein ehemaliges SED-Mitglied. Als Analysebegriff verwandt wird der Terminus inzwischen von Sonia Combe, *La loyauté à tout prix. Les floués du »socialisme réel«*, Lormont 2019.

im Jahr 1920 war, bestanden die beiden Vorgängerorganisationen des SPF bereits mehrere Jahre. 1921/22, als sich abzeichnete, dass der Versuch, die Revolution von Russland in andere Länder zu tragen, nicht nur scheiterte, sondern in den kapitalistischen Ländern auch »weißen« Terror und umfassende staatliche Repression provozierte, schuf die Kommunistische Internationale (Komintern) mit der »Internationalen Arbeiterhilfe« und der »Internationalen Roten Hilfe« (IRH) zwei Vereinigungen, deren Zweck – bei aller Offensivrhetorik – vor allem ein defensiver war. Die Arbeiterhilfe sollte sich um die Kinder von inhaftierten, streikenden oder arbeitslosen Arbeiterinnen und Arbeitern kümmern, insbesondere in der Sowjetunion nach dem Bürgerkrieg (1920/21) und im Deutschland der Hyperinflation (1923).<sup>32</sup> Die Rote Hilfe hatte den Auftrag, die kommunistischen Kämpfer und Kämpferinnen selbst zu unterstützen, und zwar ebenfalls nicht nur in den kapitalistischen Ländern, sondern auch in den Kolonien und in der UdSSR.<sup>33</sup> Im Jahr 1929 wurde innerhalb der IRH auf einer Juristenkonferenz in Berlin die »Internationale Juristische Vereinigung« gegründet, die sich auf die Führung politischer Prozesse zur Abwehr staatlicher Repression spezialisierte. Ziel der Vereinigung, für die auch nichtkommunistische Anwälte gewonnen wurden, war es, die sich gegen Kommunisten richtende staatliche Repression als Klassenjustiz anzuprangern und propagandistisch auszuschlachten. In Frankreich waren die Anwälte der Juristenvereinigung meist jüdische Angehörige des Bürgertums, für die das Engagement auch eine Möglichkeit darstellte, in der von Antisemitismus geprägten Justiz kulturelles Kapital zu erwerben. Der Radikalsozialist Vincent de Moro-Giafferi, der Linkssozialist Henry Torrès sowie der Kommunist Marcel Willard gehörten zu den Staranwälten der Vereinigung.<sup>34</sup>

Wie Pierre Kaldor selbst zum Kommunismus kam, zeigt einer der Lebensläufe, die er, nachdem er 1935 dem PCF beigetreten war, mehrfach verfassen musste.<sup>35</sup> Als Mitglied eines Antifa-Komitees (»comité antifa«) an dem rechtswissenschaftlichen Institut, an dem er studierte, lernte er Marcel Willard kennen. Dieser vermittelte den Jurastudenten zunächst an den kommunistischen Arzt Robert Wolfsohn, der gerade eine internationale Liga gegen den Krieg gründete, nahm ihn dann aber selbst als Assistenten.<sup>36</sup> Kaldor wurde nun »Anwaltslehrling« bei Willard, wie er es später im Interview selbst formulierte.<sup>37</sup> Mitglieder des PCF gab es weder in Kaldors Familie noch in der

32 Kasper Braskén, *The International Workers' Relief, Communism, and Transnational Solidarity*. Willi Münzenberg in Weimar Germany, Basingstoke/New York 2015, S. 29–97.

33 Sabine Hering/Kurt Schilde, *Die Rote Hilfe. Die Geschichte der internationalen kommunistischen »Wohlfahrtsorganisation« und ihrer sozialen Aktivitäten in Deutschland (1921–1941)*, Opladen 2003.

34 Sharon Elbaz/Liora Israël, *L'invention du droit comme arme politique dans le communisme français. L'association juridique internationale (1929–1939)*, in: *Vingtième Siècle. Revue d'histoire*, 2005, Nr. 85, S. 31–43.

35 Bio Kaldor, 10.10.1938, Archives du PCF, Personalakte (PA) Kaldor. Mehrere Lebensläufe (»bio«) Kaldors sind gemeinsam mit anderen personenbezogenen Dokumenten im Archiv des PCF aufbewahrt, das sich im Keller der Parteizentrale in Paris befindet. Sie tragen keine Signatur.

36 Bio Kaldor, 10.10.1938, Archives du PCF, PA Kaldor; Claude Penmetier, WOLFSOHN Robert, in: *Le Maitron*, 11.7.2019, URL: <<https://maitron.fr/spip.php?article135414>> [1.3.2020]; vgl. auch Frédéric Genevée/Claude Willard, KALDOR Pierre, in: *Le Maitron*, 31.10.2019, URL: <<https://maitron.fr/spip.php?article114739>> [1.3.2020].

37 Vassevière, Pierre Kaldor, S. 239. Vgl. auch Israël, Robes noires, S. 72.

seiner polnischen Freundin, Charlotte Szladowski. Aber seine Familie sympathisierte mit den Sozialisten und ihre mit der Kommunistischen Partei. Die Familie des Vaters, ein Drucker, war in Ungarn, wo der Onkel in der Zeit der Räterepublik 1918/19 Museumsdirektor war.<sup>38</sup> Kaldors Vater scheint es in den 1920er-Jahren zu einem gewissen Vermögen gebracht zu haben, jedenfalls stellte er in seiner kleinen Werkstatt wertvolle Sonderdrucke her.<sup>39</sup> In den 1930er-Jahren war die Familie jedoch mittellos, vielleicht wegen der Weltwirtschaftskrise.<sup>40</sup> Zugleich hatten Pierre und Charlotte viele reiche Verwandte. Mütterlicherseits gebe es »viele Kontakte« »in die ›Hochfinanz‹« und zu »Rothschild«, wie es 1938 im Lebenslauf heißt. Szladowski, die früher mit Anarchisten und Trotzlisten sympathisiert habe, nun aber ebenfalls der Partei angehöre und Bildungsarbeit für die Union junger Französinen (»Union des jeunes filles de France«) mache, verdiene ihren Lebensunterhalt trotz wohlhabender Verwandtschaft als einfache Angestellte in einem Arbeitslosenamt.<sup>41</sup> Vermutlich kehrten beide mit dem Parteibeitritt bewusst dem gehobenen Bürgertum den Rücken zu.

Weder die Lebensläufe noch andere schriftliche Quellen geben explizit Auskunft darüber, welche Bedeutung es für Kaldors kommunistisches Engagement hatte, dass seine Mutter jüdische Französin, sein Vater als jüdischer Ungar nach Frankreich eingewandert war und Charlotte aus einer polnisch-jüdischen Familie stammte. Worte wie »juif« oder »d'origine juive« fallen weder in Texten, die Kaldor selbst verfasst hat, noch in solchen über ihn. Auch in der Forschung wird der Aspekt nicht oder nur beiläufig erwähnt. War er deshalb irrelevant? Joë Nordmann, der die Internationale Juristenvereinigung nach dem Zweiten Weltkrieg viele Jahre lang leiten sollte, erzählt in seinen Memoiren, dass er aus einer elsässisch-jüdischen Familie stammte. Er sagt aber nicht, dass er sich 1933 auch deshalb dem PCF angeschlossen habe. Vielmehr beschreibt er den Schritt als Ausdruck eines jugendlichen Wunsches, den Faschismus zu bekämpfen und den Sozialismus aufzubauen, was bedeuten würde, dass ihn seinerzeit nicht nur die kommunistische Ideologie anzog, sondern auch die antifaschistische Praxis.<sup>42</sup> Auch für Pierre Kaldor war das kommunistische Engagement vermutlich von Beginn an mit (gefühlter) antifaschistischer Militanz verbunden. Jedenfalls findet sich auf dem Deckblatt seines Lebenslaufs von 1938 eine Notiz, wonach er am 1. Mai 1934, also wenige Tage nach dem gescheiterten rechten Putschversuch vom 6. Februar 1934, in der Cité Jeanne-d'Arc dabei gewesen sei.<sup>43</sup> In diesem Elendsviertel hatte es an diesem Tag heftige Zusammenstöße zwischen Einwohnern und der Polizei gegeben, wobei der PCF den Ordnungskräften vorwarf, »Faschisten« in ihren Reihen zu haben.<sup>44</sup> Noch als Kaldor in den 1990er-Jahren darauf angesprochen wurde, dass die Romanfigur François Lebecq und dessen Frau in Aragons »Les communistes« ihren realen »Vorbildern« – Pierre Kaldor und Charlotte Szladowski eben – in vielem so gar nicht ähnelten, ging er jedoch mit keinem Wort auf die jüdische und migrantische Erfah-

38 Bio Kaldor, 10.10.1938, Archives du PCF, PA Kaldor.

39 Une lettre de Pierre Kaldor, in: *Faites entrer l'infini*, 2008, Nr. 45, S. 87.

40 Vassevière, Pierre Kaldor, S. 239.

41 Bio Kaldor, 10.10.1938, Archives du PCF, PA Kaldor.

42 Nordmann/Brunel, *Aux vents de l'histoire*, S. 27–48.

43 Bio Kaldor, 10.10.1938, Archives du PCF, PA Kaldor.

44 Dimitri Manassis, *Alfortville 1934: un exemple d'›autodéfense ouvrière‹?*, in: ANR PAPRIK@2F, 27.1.2014, URL: <<http://anrpaprika.hypotheses.org/1431>> [19.8.2020].



rung der beiden ein. Vielmehr stellte er nur trocken fest, dass Aragon den Roman eben so gestaltet habe, wie er es für richtig hielt, und dass er, Kaldor, dies nie hinterfragt habe.<sup>45</sup> Die Relevanz der Frage nach dem jüdischen respektive migrantischen Hintergrund liegt also womöglich genau darin, dass der Aspekt von beiden implizit für irrelevant erklärt wurde, eben weil sie sich mit dem Beitritt zum PCF entschieden, den Faschismus nicht als Juden, sondern als Kommunisten zu bekämpfen.<sup>46</sup>

Da Kaldor zunächst keine Anstellung als Anwalt fand, wechselte er nach einem Jahr bei Willard zu einer Versicherung der Rothschild-Gruppe in einem der besseren Pariser Bezirke. Sein Parteiauftrag bestand darin, sich in der Versicherungsgewerkschaft zu engagieren, im Milieu der Bank- und Versicherungsangestellten neue Parteimitglieder zu werben sowie neben Beruf und Gewerkschaftsarbeit in den »Jeunesses communistes« (JC) Bildungsarbeit zu leisten.<sup>47</sup> Sein Beitrag zur Arbeit der Juristenvereinigung bestand in dieser Zeit zum einen in Übersetzungen aus dem Deutschen, das er sich in mehreren Sprachaufenthalten angeeignet hatte. Außerdem hatte er in Englisch und Deutsch ein Grundstudium absolviert.<sup>48</sup> Für Willard übersetzte Kaldor die in Briefform verfasste Selbstverteidigung des bulgarischen Komintern-Funktionärs Georgi Dimitroff im Reichstagsbrandprozess, nachdem dieser in Deutschland wegen angeblicher Beteiligung an der Reichstagsbrandstiftung angeklagt war. Eine Verteidigung Dimitroffs durch Willard hatten die deutschen Behörden, die den Anwalt selbst stellen wollten, untersagt.<sup>49</sup> Übersetzt hat Kaldor außerdem das Kinderbuch »Hans Urian oder Die Geschichte einer Weltreise«. Die Autorin, Lisa Tetzner, musste nach dem Reichstagsbrand aus Deutschland fliehen und »Hans Urian« gelangte auf die Listen »verbrennungswürdiger« Literatur.<sup>50</sup> Das Kinderbuch erzählt die Odyssee des deutschen Jungen Hans, der mithilfe eines fliegenden Hasen aus Europa emigriert, weil er dort hungert. In den kapitalistischen Ländern, in denen er zuerst landet, erfährt er viel Unrecht und Armut. Zuletzt gelangt er in die Sowjetunion, wo er einen netten Tschekisten kennenlernt: »Das ist der vernünftigste Mensch, den ich auf der ganzen Reise [...] fand«, sagt Hans, geht dann aber doch zurück zu seiner Mutter, die er sehr vermisst.<sup>51</sup> Tatsächlich dürfte die Hoffnung und das Vertrauen, das Kommunisten in die Sowjetunion setzten, auch damit zu tun gehabt haben, dass sie diese als ihre Schutzmacht empfanden zu einer Zeit, in der sie es schon in den demokratischen Staaten mit massiver Repression (»Klassenjustiz«) zu tun hatten und vieler-

45 Vassevière, Pierre Kaldor, S. 244.

46 Vgl. etwa André Gerrits, *The Myth of Jewish Communism. A Historical Interpretation*, Brüssel 2009.

47 Bio Kaldor, 10.10.1938, Archives du PCF, PA Kaldor.

48 Note supplémentaire sur mes voyages à l'étranger ou outre mer, ca. 1953, Archives du PCF, PA Kaldor.

49 Israël, *Robes noires*, S. 68–71; Michel Dreyfus, WILLARD Marcel, Jean, Élie, in: *Le Maître*, 4.10.2010, URL: <<https://maitron.fr/spip.php?article73797>> [1.3.2020].

50 Cathleen Kolath, Lisa Tetzner: Hans Urian (1931), in: *Bibliothek verbrannter Bücher*, Potsdam o. J., URL: <[http://www.verbrannte-buecher.de/?page\\_id=799](http://www.verbrannte-buecher.de/?page_id=799)> [29.2.2020]; Mathilde Lévêque, *Écrire pour la jeunesse en France et en Allemagne dans l'entre-deux-guerres*, Rennes 2011, S. 144–151.

51 Lisa Tetzner, *Hans Urian oder Die Geschichte einer Weltreise*, Stuttgart 1931; Hans et son lièvre enchanté, *histoire d'un voyage autour du monde*, traduit de l'Allemand de Pierre Kaldor, Paris 1936.

orts antikommunistische Diktaturen entstanden.<sup>52</sup> Der Abschottung des Kommunismus vom Rest der Gesellschaft ging eine massive staatliche Ausgrenzung voraus, die die tiefe soziale und politische Verwurzelung der Bewegung in Frankreich verneinte, sie als russischen (jüdischen, deutschen et cetera) Import denunzierte.<sup>53</sup>

Parallel zu intellektuellen Tätigkeiten, zu denen auch eine Übersetzung von Georg Büchners Revolutionsstück »Dantons Tod« fürs Radio sowie Musikkritiken für die Zeitschriften »Commune« und »Marianne« zählten<sup>54</sup>, reiste Kaldor 1935/36 im Auftrag der Juristenvereinigung nach Deutschland und England. Die Zeit von August bis Dezember 1935 verbrachte er im Deutschen Reich, wo er in Stuttgart, Dresden sowie zwei Mal in Berlin Station machte.<sup>55</sup> Dem Lebenslauf von 1938 zufolge bestand seine Aufgabe darin, mit Angehörigen der KPD und der »Roten Hilfe Deutschlands« Kontakt aufzunehmen, die seit 1933 illegal aktiv waren, und die Kampagne zur Freilassung des früheren KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann voranzubringen, der seit dem Reichstagsbrand inhaftiert war.<sup>56</sup> Im Rahmen der Kampagne zur Freilassung Etkar Andrés, auch er ein von den Nazis inhaftierter wichtiger kommunistischer Funktionär, reiste Kaldor 1936 nach London.<sup>57</sup> Erfolg war dem Einsatz für die Genossen am Ende nicht beschieden. André wurde 1936 ermordet, Thälmann 1944.<sup>58</sup>

Mit Humanitarismus war Kaldor zunächst nicht befasst. Als Rote und Arbeiterhilfe 1936 zum »Secours populaire de France et des Colonies« fusionierten, war er – anders als Willard – nicht beteiligt. Die Fusion der Wohlfahrts- und Rechtsschutzstrukturen zu einer integrierten Solidaritätsorganisation steht für eine Neujustierung des kommunistischen Solidarismus vor dem Hintergrund der vom PCF geduldeten linken Volksfrontregierung 1936 bis 1938. Sie ergab sich zudem aus dem immensen Mitgliederzuwachs der Roten Hilfe von 40.000 (1934) auf 150.000 (1936). Der SPF, der den Begriff der »solidarité« nun ausdrücklich für sich reklamierte, sollte allen Menschen in Frankreich und den Kolonien zugutekommen und sich auch Nichtkommunisten öffnen. Der nicht ganz unbescheidene Anspruch war, mit dem SPF nicht nur die mit den Sozialisten und Radikalen verfochtene Menschenrechtsliga zu überflügeln, sondern auch andere humanitäre Vereinigungen.<sup>59</sup> Im Interview hebt Kaldor rückblickend die Bedeutung einer Überschwemmungskatastrophe in Südfrankreich 1935 hervor, für deren Betroffene die Kommunisten »enorm viel Geld« gesammelt hätten. Dies sei »eine Premiere« gewesen in Abgrenzung zu der bis dahin »fast ausschließlich politischen Solidarität« im Umfeld des PCF.<sup>60</sup> Tatsächlich changierte der SPF nun zwischen, wie er

52 In den klassischen historischen Darstellungen fehlt dieser Aspekt allerdings völlig. Vgl. etwa Stéphane Courtois/Marc Lazar, *Histoire du Parti communiste français*, Paris 1995.

53 Dominique Lejeune, *La peur du »rouge« en France. Des partageux aux gauchistes*, Paris 2003; Serge Berstein/Jean-Jacques Becker, *Histoire de l'anticommunisme en France, 1917–1940*, Paris 1987.

54 Pièce de théâtre de Büchner »Mort de Danton«, Archives départementales de la Seine-Saint-Denis (ADS), fonds Pierre Kaldor (503 J), Dossier 52; Vassevière, Pierre Kaldor, S. 238f.

55 Vgl. die Einträge auf den Visa-Seiten von Kaldors Reisepass, Foto im Besitz des Autors.

56 Bio Kaldor, 10.10.1938, Archives du PCF, PA Kaldor.

57 Note supplémentaire sur mes voyages à l'étranger ou outre-mer, ca. 1953, Archives du PCF, PA Kaldor.

58 Joachim Priewe, *Begegnung mit Etkar André. Ein Lebensbild*, Berlin (Ost) 1986, S. 207–233.

59 Brodiez, *Le Secours populaire français 1945–2000*, S. 33–39.

60 Dies., *Entretien avec Pierre Kaldor*, 15.7.2003, S. 1, im Besitz des Autors.

es bezeichnete, »politischen« und »rein humanitären« Aktionen.<sup>61</sup> Freilich handelte es sich bei beiden um höchst parteiliche Angelegenheiten, so etwa im Fall der »politischen« Hilfe für Spanienkämpfer und »humanitärer« Hilfe für deren Familien. Die Distinktion von politischem Solidarismus und »reiner Humanität« verschleierte hier auch handfeste Parteiinteressen. Und die Öffnung der Partei zahlte sich aus: Bei den Parlamentswahlen von 1936 erreichte der PCF, der davor eine Kleinpartei gewesen war, erstmals über 15 % der Stimmen – ein echter Triumph für die Kaderpartei, die sich jetzt als Massenpartei erachtete. Sie konnte nun nicht nur für sich in Anspruch nehmen, zur Abwehr des nationalistischen Ansturms gegen die Republik beigetragen zu haben, sondern auch in den Augen der Arbeiterklasse als »populär« und »patriotisch« zu gelten. Allerdings machten der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt und der Kriegsbeginn diese Erfolge schon wenig später zunichte.<sup>62</sup>

## II. Pazifismus und Nationalismus 1939–1944

Am 1. September 1939, dem Tag des deutschen Überfalls auf Polen, rief »La Défense«, die Zeitung des »Secours populaire«, zu Spenden für mobilisierte französische Soldaten auf und verkündete, der SPF stehe »voll und ganz im Dienst der Nation gegen den faschistischen Aggressor«. Trotzdem wurden der PCF und seine Vorfeldorganisationen kurz darauf verboten, weil sie wegen des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts vom 23. August und des »Deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrags« vom 28. September unter dem Verdacht des Landesverrats standen. Durch die Mobilisierung von bis zu 100.000 kommunistischen Arbeitern und die zugleich einsetzende Repression gegen Kader schrumpfte die Mitgliedschaft der Partei von rund 270.000 auf einige Tausend.<sup>63</sup> Zugleich verparteilichte sich der kommunistische Solidarismus mehr denn je: Wichtig war zunächst das Überleben der Organisation. Wie es in einem rückblickenden Bericht des französischen Geheimdienstes heißt, »kümmerte sich der PCF [nunmehr] selbst direkt um das für sie kapitale Problem der Repression«, also nicht mehr der SPF. In einem Geheimdienstbericht vom April 1941 ist zu lesen, seit dem Verbot des SPF entfalte dieser zwar keine Aktivitäten mehr, aber »einzelne Elemente« aus der Partei hätten als »Komitees der Volkswohlfahrt« immer wieder »extremistische Broschüren« verteilt und seien dafür verhaftet worden.<sup>64</sup> Pierre Kaldor wurde am 30. Oktober 1939 verhaftet, nachdem die Polizei an seinem Arbeitsplatz kommunistisches Propagandamaterial gefunden hatte. In seiner Begleitung war Domenico Ciufoli gewesen, ein leitendes Mitglied der seit 1926 verbotenen italienischen KP, sowie die Sekretärin Blanche Mouton, die Flugblätter vervielfältigte.<sup>65</sup> Ein Flugblatt, das man bei Kaldor fand, verdeutlicht die Argumentation der französischen Kommunisten im Angesicht des Kriegsausbruchs. Den Vorwurf des Landesverrats

61 Dies., *Le Secours populaire français 1945–2000*, S. 33–39, Zitate: S. 36.

62 Courtois/Lazar, *Histoire du Parti communiste français*, S. 147–172; vgl. auch Wirsching, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?*, S. 527–643.

63 Courtois/Lazar, *Histoire du Parti communiste français*, S. 169.

64 Zit. nach: Brodiez, *Le Secours populaire français 1945–2000*, S. 40.

65 1939–1944, Archives du PCF, PA Kaldor; Conditions d'arrestation et passage en prison, ebd.

gaben sie an die Regierung von Ministerpräsident Édouard Daladier zurück: Der PCF habe stets für ein Bündnis der kapitalistischen Demokratien mit der Sowjetunion »gegen den Faschismus« geworben, das von Paris und London jedoch aufgrund ihres Antibolschewismus verweigert worden sei. Der Krieg, den Frankreich nun gegen Deutschland führen wolle, sei dagegen ein »reaktionärer Krieg gegen die internationale Arbeiterklasse«, kein antifaschistischer. Die französische Arbeiterschaft sollte daher »Frieden« und »Freiheiten« einfordern (Letzteres meinte vor allem ein Ende des Verbots der kommunistischen Bewegung) und die Regierung verjagen, »die bei uns den Faschismus installiert im Namen eines Krieges für die Freiheit«. <sup>66</sup> Dies war ein spezifisch antiimperialistischer Pazifismus, der im Angesicht der Repression die Differenz zwischen deutschem Faschismus und französischer Republik verwischte und zugleich vorwegnahm, dass das Vichy-Regime die Inhaftierten wenig später von der Republik »übernehmen« würde.

Es folgten drei Jahre, in denen Kaldor vor allem auf die Solidarität anderer angewiesen war. Im Interview berichtet er von der materiellen Unterstützung, die ihm in Haft vonseiten der Gewerkschaft für Versicherungsangestellte zuteilwurde, und weist auf die militante Solidarität von Charlotte hin, die gemeinsam mit Juliette Sépard, der Frau eines verhafteten Gewerkschaftsführers, als Verbindungsperson zwischen der Partei und den zum Widerstand bereiten Gefangenen diente. Charlotte versorgte Pierre nicht nur regelmäßig mit Essenspaketen, um die katastrophale Ernährungslage in den Zuchthäusern auszugleichen, sondern setzte später bei den deutschen Besatzungsbehörden auch den Schutz der Pakete vor Diebstahl durch. <sup>67</sup> Vor allem aber ermöglichte sie Pierre im Oktober 1943 die Flucht – obwohl der »Service national des camps et prisons«, also die zuständige Parteiinstanz, von einer Befreiungsaktion abgeraten hatte. <sup>68</sup> Mit der Hilfe eines Wärters schmuggelte Charlotte, deren Netzwerk Kaldors Angaben zufolge schon an anderen Gefangenenbefreiungen beteiligt gewesen war, ein Seil in das Gefängnis von Châlons-sur-Marne, mit dem Pierre und noch zwei weiteren Genossen der Ausbruch gelang. <sup>69</sup> Die Wahrscheinlichkeit, dass Pierre Kaldor bei einem weiteren Verbleib im Zuchthaus früher oder später aufgrund deutscher Repressalien für Widerstandsaktionen hingerichtet worden wäre, ist groß. <sup>70</sup>

Während Charlotte nach der geglückten Befreiung als Zivilstin im Generalstab der französischen Untergrundarmee mitarbeitete, schloss sich Pierre dem kommunistischen Juristenwiderstand an, dem FNJ. <sup>71</sup> Der FNJ war eine Gliederung des ebenfalls von den Kommunisten gegründeten »Front national de lutte pour la libération et l'indépendance de la France« (kurz: Front National), einer befreiungsnationalistischen Sammlungsbewegung, die als mit Abstand stärkste Kraft der »Résistance intérieure française«

66 Dossier du 3ème tribunal militaire de Paris. Jugement du 16 mai 1940. Dank geht an François Kaldor für die freundliche Bereitstellung von Kopien des Dokuments.

67 Brodier, Entretien avec Pierre Kaldor, S. 2.

68 Pierre Kaldor, Conditions d'arrestation et passage en prison, [1943?], Archives du PCF, PA Kaldor.

69 Annie Penmetier, KALDOR Charlotte née SZLADOWSKI, in: Le Maitron, 23.1.2019 (zuerst 30.11.2016), URL: <<https://maitron.fr/spip.php?article187293>> [1.3.2020].

70 Zur Intensivierung der Repression 1943/44 vgl. Ahlrich Meyer, Die deutsche Besatzung in Frankreich 1940–1944. Widerstandsbekämpfung und Judenverfolgung, Darmstadt 2000.

71 Zum Widerstand kommunistischer Juristen allgemein vgl. Israël, Robes noires, S. 245–300.



Abbildung 1: Pierre Kaldor im Gefängnis von Châlons-sur-Marne kurz vor seiner Flucht, Juni 1943

auch Teil der von Charles de Gaulles Widerstandsregierung werden sollte.<sup>72</sup> Geleitet wurde der Juristenwiderstand von Willard, der nach seiner Verteidigung der PCF-Abgeordneten bei dem Prozess, den Vichy ihnen machte, in den Untergrund gegangen war, und Joë Nordmann, der Willard schon vor 1939 assistiert hatte. Den Angaben zufolge, die Kaldor in einem Lebenslauf vom März 1946 machte, waren seine Aufgaben im Widerstand breit gefächert. Einerseits sollte er, wie in Friedenszeiten, für PCF und FNJ neue Mitglieder werben und zugleich dafür sorgen, dass sich die Neumitglieder auch »konkret« engagierten, namentlich durch die Verbreitung »nationaler Propaganda« sowie durch das Gewährleisten von »Solidarität« mit Verhafteten. Außerdem assistierte er Nordmann bei der Leitung des FNJ. Als Leiter eines Nationalen Komitees zur Verteidigung der politischen Gefangenen (»Comité national pour la défense des prisonniers politiques«) fungierte Kaldor darüber hinaus als Herausgeber eines Untergrundbulletins und half dabei mit, dass die Gefangenen in den Zuchthäusern von La Santé und La Roquette sowohl mit Essensrationen versorgt wurden als auch mit »Literatur der Partei«. Im August 1944 schließlich, als sich Paris gegen die Deutschen erhob, gehörte Kaldor »zu der kleinen Truppe um Marcel Willard, Solange Bouvier-Ajam und Joë Nordmann, die den Auftrag hatte, das Justizministerium einzunehmen – eine Operation, die ohne Probleme gelang.«<sup>73</sup> Wenn man dem Bericht Nordmanns Glauben schenken kann, schufen Willard, Kaldor und er an einem Samstagmorgen einfach Fakten, weil sie befürchteten, dass der gaullistisch dominierte Widerstandsrat den Kommunisten »nicht die Justiz überlassen« würde. Nachdem ihnen die Tür zum

<sup>72</sup> Courtois/Lazar, *Histoire du Parti communiste français*, S. 170–196.

<sup>73</sup> Pierre Kaldor, *Questionnaire biographique*, 24.3.1946, Archives du PCF, PA Kaldor.

Ministerium von zwei Widerstandsangehörigen geöffnet worden war, betraten sie bewaffnet das Gebäude und enthoben den höchsten der anwesenden Beamten seines Amts. Als Kaldor einige Tage später an der Befreiung des Justizpalasts teilnahm, fielen dagegen Schüsse.<sup>74</sup> Nach Kaldors Mitwirkung bei den Kämpfen in der Cité Jeanne-d'Arc am 1. Mai 1934 war damit Gewalt zum zweiten Mal ein Bestandteil seiner Solidaritätspraxis geworden – Gewalt, die hier dazu diente, der Partei mehr Einfluss auf die Justiz der neu zu gründenden Republik zu sichern.

### III. Disziplin und Dissidenz 1944–1947

Dass eine Handvoll kommunistischer Rechtsanwälte im Sommer 1944 das französische Justizministerium unter ihre Kontrolle bringen konnte, lag an den Kräfteverhältnissen in der Résistance. In dieser waren vor den Parteigängern des katholisch-konservativen Generals Charles de Gaulle nun die Kommunisten stärkste Kraft.<sup>75</sup> In der zweiten Regierung de Gaulle, die allerdings nur von November 1945 bis Januar 1946 amtierte, wurden die Ressorts für Arbeit, Industrieproduktion, Wirtschaft und Rüstung allesamt von Politikern des PCF geleitet, der zudem im Oktober 1945 mit 26,2% die ersten Wahlen nach Vichy für sich entschieden hatte. Marcel Willard wurde zunächst Staatssekretär im Justizministerium und wechselte dann ins Arbeitsministerium.<sup>76</sup> Nordmann blieb Willards Assistent, wirkte mit diesem an der Reform des Strafrechts sowie an der politischen Reinigung des Justizwesens mit. Außerdem nahm er am Nürnberger Kriegsverbrecherprozess teil und stand danach an der Spitze der kommunistisch dominierten Internationalen Juristenvereinigung (»Association internationale des juristes démocrates«, AIJD).<sup>77</sup> Die Regierung aus Gaullisten, Kommunisten, Christ- und Sozialdemokraten setzte viele der Ziele um, die Kommunisten und Sozialisten seit jeher gefordert hatten: Wichtige Industriezweige wurden verstaatlicht, darunter die Werke des Kollaborateurs Renault, diverse Kohlegruben, die Pariser Verkehrsbetriebe, die Handelsmarine, Luftfahrtgesellschaften, Gasversorgungsunternehmen, die Elektrizitätswerke, die »Banque de France« sowie diverse Depotbanken und Versicherungen. Zudem wurde die gesamte Wirtschaft staatlich gesteuert, das Sozialversicherungssystem ausgebaut – und auf gute Beziehungen zu Stalin geachtet.<sup>78</sup> Auch die kommunistische Solidaritätspolitik konnte nun aus der Exekutive heraus mitbestimmt werden – jedenfalls in Ansätzen. Kaldor wurde Generalsekretär des neuen SPF. Er setzte damit seine Widerstandsarbeit in der Gefangenenhilfe fort, erweiterte das Spektrum aber auch immens: Wie schon vor dem Zweiten Weltkrieg changierte die Volkswohlfahrt auch jetzt zwischen Humanitarismus und Men-

74 *Israël, Robes noires*, S. 350f., Zitat: S. 350.

75 Hier und im Folgenden auch *Israël, Robes noires*, S. 351–415.

76 *Dreyfus, WILLARD Marcel, Jean, Élie*.

77 *Nordmann/Brunel, Aux vents de l'histoire*, S. 70–76 und 151–165; *Claude Willard, NORDMANN Joë*, in: *Le Maître*, 4.10.2016, URL: <<https://maitron.fr/spip.php?article124148>> [1.3.2020].

78 *Wilfried Loth, Geschichte Frankreichs im 20. Jahrhundert*, Frankfurt am Main 1995 (zuerst 1987), S. 130–133.

schenrechtsaktivismus, wobei als neuer Schwerpunkt die Abwicklung des Vichy-Regimes und die Wiedergutmachung der Verfolgungen hinzukam.<sup>79</sup>

Aber es hatte sich auch vieles geändert. Kaldor, der vor dem Krieg von der Polizei der Dritten Republik überwacht und verfolgt worden war, repräsentierte nun eine Zeit lang selbst die neue, Vierte Republik. So finanzierte sich die Volkswohlfahrt erstmals in ihrer Geschichte nicht mehr nur durch Beiträge und Spenden, sondern auch – und vor allem – durch staatliche Subventionen. In der gleichen Ausgabe von »La Défense«, in der Kaldor im November 1944 der Leserschaft versicherte, der SPF sei wieder quicklebendig (»bien vivant«<sup>80</sup>), schlüsselte ein vermutlich ebenfalls von ihm verfasster Artikel auf, wie viel Geld die Widerstandsregierung bislang überwiesen hatte. Eine erste Zahlung »für die Solidarität« von 2,5 Millionen Francs sei im Juli transferiert worden. Im August sei das Budget auf 4 Millionen angewachsen, im September auf 1 Million gefallen.<sup>81</sup> Kaldors Lebenslauf zufolge war er es, der die erste Tranche aus Algier in Empfang nahm. Marie-Hélène Lefauchaux, eine christdemokratische Widerstandskämpferin und Frauenrechtlerin, fungierte als Überbringerin des »Solidaritätsfonds«, der vor allem Soldaten und ihren Familien habe zugutekommen sollen – der Krieg dauerte ja noch an.<sup>82</sup> War der SPF 1939 noch daran gehindert worden, bedürftige Soldaten und ihre Angehörigen zu unterstützen, kam ihm nun ganz offiziell diese Aufgabe zu. Hinzu kam, dass er sich nicht nur auf ein Netz von lokalen Sektionen stützen konnte, in dem schon zur Zeit der Besatzung wieder Freiwillige aktiv geworden waren, sondern auch auf die Mitwirkung von Organisationen, die mehr oder weniger stark mit dem PCF verbündet waren. Durch eine solche Arbeitsteilung – zwischen Partei, Gewerkschaften, Frauenverbänden, Ärzten, Honoratioren et cetera – war es zum Beispiel möglich, 400 Kindern von Widerstandskämpfern mitten im Krieg zehn Tage Winterurlaub in den Alpen zu organisieren: »Welch' schöner Ausdruck der Einheit in der Aktion der Solidarität!«, formulierte es Kaldor in »La Défense«.<sup>83</sup>

Aus einer stark verparteilichten Volkswohlfahrt, die bis zu ihrem Verbot 1939 fast ganz vom PCF und seiner Anhängerschaft getragen worden war, schien nun eine hybride Struktur zu werden. Einerseits von der Republik alimentiert, bestand ihre Mitgliedschaft andererseits im Kern weiter aus Kommunisten und Kommunistinnen, wenn auch der Sympathisantenkreis viel weiter über das Umfeld des PCF hinausreichte als vor dem Krieg. Solidaritätspolitisch war der SPF breiter aufgestellt denn je: »Alles Menschliche geht uns an« – ein Motto, das schon in den 1930er-Jahren erdacht worden war, bekam angesichts des »Geists der Résistance« und des allseits bekundeten Willens zur »nationalen Einheit gegen den Faschismus« eine neue Bedeutung.<sup>84</sup> So schrieb sich die Volkswohlfahrt die Belange der Widerstandskämpfer und Deportierten auf die Fahnen und den Kampf für ein Ausscheiden von Angehörigen des Vichy-Regimes aus dem öffentlichen Leben; sie prangerte die in Spanien und Griechen-

79 Hier und im Folgenden auch Brodiez, *Le Secours populaire français 1945–2000*, S. 45–53.

80 Pierre Kaldor, *Le Secours Populaire est bien vivant*, in: *La Défense*, 17.11.1944.

81 D'ou viennent nos fonds?, in: *La Défense*, 17.11.1944.

82 Pierre Kaldor, 1939–1944, Archives du PCF, PA Kaldor. Zu Lefauchaux vgl. Rebecca Adami, *Women and the Universal Declaration of Human Rights*, London/New York 2018; Niamh Reilly, *Women's Human Rights. Seeking Gender Justice in a Globalizing Age*, Cambridge/Malden 2009.

83 Pierre Kaldor, *La nation unie affirme sa sollicitude pour ces héros*, in: *La Defense*, 22.12.1944.

84 Hier und im Folgenden Brodiez, *Le Secours populaire français 1945–2000*, S. 46–53, Zitat: S. 47.

land weiter bestehenden nationalistischen (»faschistischen«) Diktaturen an und organisierte Hilfe für die Verfolgten dieser Regime; sie wies auf die Zusammenarbeit des Geheimdienstes mit »Faschisten« und »Militaristen« hin und geißelte dies als Wiederkehr des »Faschismus«; sie protestierte gegen die Verbrechen französischer Soldaten im kolonialisierten Madagaskar; sie unterstützte die Streiks der kommunistischen Gewerkschaften und machte sich deren Lohn- und Verstaatlichungsforderungen zu eigen; sie protestierte gegen die katastrophale Lage auf dem Wohnungsmarkt und organisierte Hilfe für von Armut Betroffene. All dies geschah nicht nur im Namen der »Solidarität«, sondern auch der »Verteidigung der Republik«, die als ein in Zukunft sozialistisch zu gestaltendes Gemeinwesen gedacht wurde. Als der SPF für November 1945 zu einer mehrtägigen Vollversammlung lud (Abb. 2), leitete Kaldor als Generalsekretär in diesem Geist ein Podium über die »Rettung der Demokratie«.<sup>85</sup>

Die Strategie, die hinter dieser Solidaritätspolitik steckte, war in etwa dieselbe wie in den 1930er-Jahren: »Die Massen« sollten für die kommunistische Bewegung gewonnen werden. Nur dass die Voraussetzungen dafür aufgrund der herausragenden Rolle des PCF in der Résistance und der Existenz einer Anti-Hitler-Koalition unter Einschluss der stalinistischen Sowjetunion, die im Krieg mit 27 Millionen Toten den mit Abstand größten Blutzoll gezahlt und deren Armee maßgeblich zur Niederlage des »Hitlerfaschismus« beigetragen hatte, um einiges besser standen als zehn Jahre zuvor. Allerdings setzte Kaldor bei der konkreten Umsetzung dieser Politik andere Akzente als die Parteiführung und Teile der Parteibasis, namentlich mit Blick auf eine stärkere Vergesellschaftung der Solidarität. Wenn er für eine weniger instrumentelle Öffnung der kommunistischen Solidaritätspolitik für humanitäre Belange und eine Ausweitung der parteiübergreifenden Zusammenarbeit eintrat, wurde Kaldor von André Marty, der im Sekretariat des PCF für den SPF zuständig war, regelmäßig zurückgepfiffen. In seiner Parteiatelephonat findet sich ein Schriftwechsel, in dem ihm von Marty vorgeworfen wird, befremdliche Praktiken (»pratiques étranges«) an den Tag zu legen. So schrecke er nicht davor zurück, beim Sammeln von Spenden »mit den Feinden des Laizismus zu kollaborieren«, namentlich mit einem Bischof und zwei Direktoren katholischer Privatschulen. Zudem habe er es zugelassen, dass ein Vertreter der Volkswohlfahrt an einer Kinderweihnachtsfeier teilnahm, die von einem Pater und einem Pastor organisiert wurde und die auch für die Kinder katholischer Privatschulen offen gewesen sei.<sup>86</sup> Bereits zuvor hatte sich Marty darüber beschwert, dass Kaldor in »La Défense« von ihm gemachte Vorgaben – also die »der Partei« – nicht befolgt habe, und mit Konsequenzen gedroht.<sup>87</sup>

Kaldor antwortete ausführlich auf die Anschuldigungen und praktizierte gleichsam linientreue Dissidenz à la française. Er erklärte, dass er den Anweisungen Marty (der wegen seiner Beteiligung an einer Meuterei der Schwarzmeerflotte 1919 eine der Ikonen des französischen Kommunismus war<sup>88</sup>) deshalb nicht hatte Folge leisten kön-

85 Secours populaire/Association Nationale des Victimes du Nazisme, Assises Nationales de la Solidarité, 1945. Vgl. auch Pierre Kaldor, La défense de la République est à l'ordre du jour, in: La Défense, 20.4.1945.

86 André Marty, Note au secrétariat, 10.12.1946, Archives du PCF, PA Kaldor.

87 André Marty an Pierre Kaldor, 16.2.1946, Archives du PCF, PA Kaldor.

88 Paul Boulland/Claude Penetier/Rossana Vaccaro (Hrsg.), André Marty, l'Homme, l'Affaire, l'Archive, Paris 2005; Axelle Brodiez, La double stratégie d'André Marty: Secours populaire français et comités



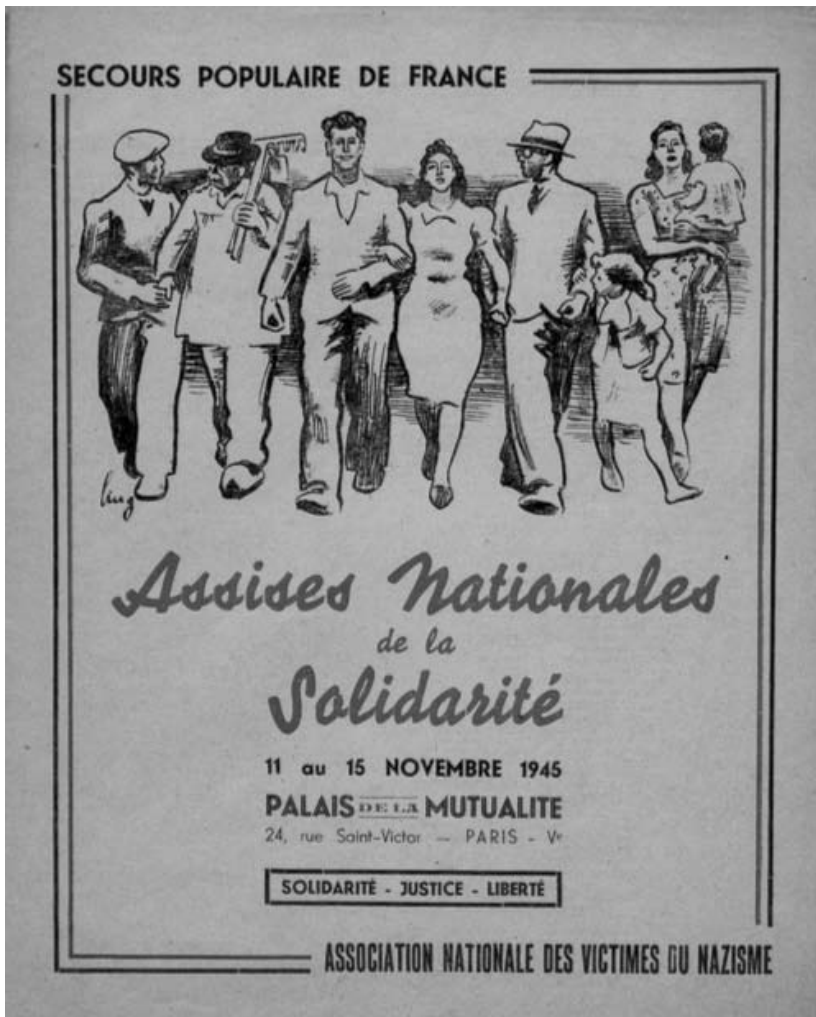


Abbildung 2: Volkswohlfahrt und die Nationale Vereinigung der Opfer des Nazismus in den Farben Frankreichs: Werbebroschüre für eine »Nationale Versammlung der Solidarität«, November 1945

nen, weil er habe sichergehen wollen, dass er als Verantwortlicher für »La Défense« keine Falschinformationen publizierte. »Wie schon in der Vergangenheit« verpflichtete er sich zwar, »die Verlautbarungen des Sekretariats unserer Partei zu respektieren«, aber er gehe zugleich fest davon aus, dass es ihm das Sekretariat nie vorwerfen werde, wenn er versuche, »diese Verlautbarungen nicht mechanisch umzusetzen«. Aus diesem Grund gehe er davon aus, dass die »Verantwortung«, die er hier als Generalsekre-

Henri Martin, in: Alain Ruscio (Hrsg.), *L'Affaire Henri Martin et la lutte contre la guerre d'Indochine*, Paris 2005, S. 109–137.

tär des SPF auf sich genommen habe, »keinen Fall der Indisziplin« darstelle.<sup>89</sup> In der parteiübergreifenden Alltagsarbeit des SPF sei es kaum zu verhindern, dass man sich mal »opportunistisch« und mal »sektiererisch« verhalte. Am Ende seiner Antwort verpflichtete sich Kaldor aber nochmals, bei den »Kommunisten des *Secours populaire*« in Zukunft »mit mehr Wachsamkeit auf die Einhaltung der politischen Linie zu achten«.<sup>90</sup>

#### IV. Antiimperialismus und Antikolonialismus 1947–1961

Was sich Pierre Kaldor im Schlagabtausch mit André Marty geleistet hatte, war aber dann zu viel der Widerspenstigkeit gewesen. Wenige Tage nach Kaldors letztem Brief, kurz vor Weihnachten 1946, machte sich das Sekretariat des Zentralkomitees des PCF die Bedenken Marty's in Bezug auf die »opportunistischen Verfehlungen« zu eigen, die der Volkswohlfahrt »bei der Besetzung von Komitees für Kinderweihnachtsfeiern unterlaufen« seien. Kaldor wurde vor das Politbüro zitiert, im Februar 1947 dann vor das Sekretariat. Letzteres entband ihn schließlich von seinen Leitungsfunktionen. Von nun an war er nur noch »Ehrenmitglied« des Leitungsstabes des SPF, des drei bis vier Mal jährlich tagenden »Bureau National«. Die offizielle Begründung für die Entlassung lautete, dass die »Massenorganisation« unter Kaldor keine Massen mehr angezogen habe (was durchaus den Tatsachen entsprach) und auch organisatorisch in einem schlechten Zustand sei. Im Kern war die Personalie ein Ausdruck des Auseinanderbrechens von Anti-Hitler-Bündnissen in Frankreich und anderswo sowie der beginnenden Systemkonfrontation. Vor demselben Hintergrund beschloss das Politbüro im März 1947, dass die Volkswohlfahrt künftig ihre Solidaritätsarbeit wieder auf die »moralische und materielle Hilfe für die Opfer der Reaktion und des Faschismus« konzentrieren sollte, mithin also auf die Unterstützung von Kommunistinnen und Kommunisten, die angesichts des Kalten Kriegs nun wieder stärker unter Repressionsdruck gerieten.<sup>91</sup> In dieser Phase nahm der PCF wieder eine systemoppositionelle Haltung ein und viele seiner Anhänger und Anhängerinnen wurden erneut als potenzielle Hoch- und Landesverräter verfolgt.<sup>92</sup>

Nach den zaghaften Ver(sozial)staatlichungs- und Vergesellschaftungstendenzen der 1940er-Jahre verparteilichte sich der kommunistische Solidarismus wieder – und die Nachfolger Kaldors trugen die Neujustierung ohne Murren mit.<sup>93</sup> Auch für Kaldor erhöhte sich die Abhängigkeit von der Partei, da diese ihm eine Stelle bei der Zeitung »Le Soir« verschaffte, wo er für die Dokumentation zuständig war sowie für die Musikrubrik und die »Seite 2«, auf der »leichte« Themen verhandelt wurden. Ferner schrieb er für »Les Lettres françaises«, eine von Aragon geleitete Literaturzeitschrift. In diesem Rahmen beteiligte er sich an der Debatte, ob die Zwölftontechnik der Arbei-

89 Kaldor an Marty, 18.2.1946, Archives du PCF, PA Kaldor.

90 Kaldor an Marty, 7.12.1946, Archives du PCF, PA Kaldor.

91 Brodiez, Entretien avec Pierre Kaldor, S. 4; dies., *Le Secours populaire français 1945–2000*, S. 53f.

92 Codaccioni, *Punir les opposants*, S. 49–183.

93 Brodiez, *Le Secours populaire français 1945–2000*, S. 75–103.

terklasse nütze oder nicht.<sup>94</sup> Aragon wiederum verewigte die Verhaftung des kommunistischen Versicherungsangestellten Kaldor bei Kriegsbeginn – mitsamt eines Faksimiles der erhaltenen Anklageschrift – in seinem Epos »Les communistes« (1949–1951), um damit die seit Beginn des Kalten Kriegs lauter werdenden Vorwürfe zu entkräften, der PCF habe zur Zeit des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts mit den Deutschen konspiriert.<sup>95</sup> Wie gesehen, hatte Kaldor 1939 ein Flugblatt verteilt, das die Schuld für den Pakt vor allem auf die westlichen Demokratien schob, da diese Stalin ein antifaschistisches Bündnis verweigert hätten. Interessant ist Aragons Roman aber vor allem deshalb, weil er indirekt zeigt, wie wenig repräsentativ Kaldor und sein Engagement für die kommunistische Bewegung in Frankreich war. Denn François Lebecq, von dessen Heldentaten Aragon erzählt, war ein farbloser Kader mit Verwandtschaft in Südfrankreich, kein intellektueller Anwalt mit Wurzeln in Ungarn. Und auch die Ehefrau der Romanfigur, Martine, ist keine polnischstämmige Kommunistin, sondern parteilos und bieder wie ihr Mann.<sup>96</sup>

Noch direkter in die Propagandaschlachten des Kalten Kriegs involviert, in denen sich der PCF nun an erster Stelle gegen den »amerikanischen Imperialismus« wandte, der Europa zum Krieg gegen die wie eh und je friedliebende Sowjetunion treiben wollte, war Kaldor im Prozess der »Lettres françaises« gegen den Dissidenten Wiktor Krawtschenko. Der ehemalige sowjetische Diplomat war 1944 in die USA übergesiedelt und hatte 1946 in seinem später millionenfach verkauften Buch »I Chose Freedom« als einer der ersten auf den sogenannten Gulag aufmerksam gemacht, das weitverzweigte Lager- und Zwangsarbeitssystem in Stalins UdSSR. Als der weiterhin bekennende Sozialist Krawtschenko nach der Veröffentlichung der französischen Übersetzung 1947 in »Les Lettres françaises« als Lügner und Spion des US-Geheimdienstes diffamiert wurde, verklagte er das Blatt. Im Zuge des Prozesses, der von Januar bis März 1949 dauerte, traten Dutzende von Zeugen auf. Mit am meisten Eindruck machte Margarete Buber-Neumann, die Ehefrau des während des Großen Terrors unter Stalin ermordeten deutschen Kommunistenführers Heinz Neumann. Buber-Neumann selbst hatte nicht nur den Gulag überlebt, sondern auch das Konzentrationslager Ravensbrück. Dorthin war sie verbracht worden, nachdem sie von Stalin zur Bekräftigung des Nichtangriffspakts mit Hitler ausgeliefert worden war. Kaldor spielte in dem Prozess, der in der Tradition ähnlicher Propagandakampagnen zur Verschleierung des stalinistischen Terrors in den 1930er-Jahren stand, nur eine Nebenrolle; Willard und Nordmann leiteten das Anwaltskollektiv.<sup>97</sup> Unter anderem sollte Kaldor den afroamerikanischen Bürgerrechtler und Sänger Paul Robeson um eine Teilnahme an dem Prozess ersuchen, was aber nicht gelang. Außerdem hatte er eine Reihe von Rechercheaufgaben zu erfüllen.<sup>98</sup> Am Ende obsiegte Krawtschenko – allerdings ohne die geforderte Entschädigung zu bekommen. Auf die Frage, weshalb sich Kaldor im Gegensatz

94 Codaccioni, Punir les opposants, S. 384; Brodiez, Entretien avec Pierre Kaldor, S. 3–6.

95 Vgl. hierzu auch Courtois/Lazar, Histoire du Parti communiste français, S. 172–176.

96 Louis Aragon, Die Kommunisten, Bd. 2: September bis November 1939, Berlin (Ost) 1953, S. 296–316.

97 Israël, Un procès du Goulag au temps du Goulag?. Willard hatte 1938 ein Buch zur Rechtfertigung der Moskauer Prozesse verfasst: Marcel Willard, Le Procès de Moscou de Boukharine, Rykov. Comment ils ont avoué?, Paris 1938.

98 Procès-verbal, 12.1.1949, Archiv des Institut d'histoire du temps présent (IHTP); Le procès Kravchenko, Commission de travail, 3.2.1949, ebd.

zu Nordmann nie von seiner Beteiligung an dem Prozess distanziert hat, wird noch zurückzukommen sein. Hier soll zunächst nur darauf hingewiesen werden, dass der Eindruck, wonach amerikanische Militärs und Geheimdienste in den 1950er-Jahren mit Unterstützung von – oftmals nationalistischen – Emigranten eine gewaltsame »Befreiung« des europäischen Kontinents vom Kommunismus planten, angesichts sehr konkreter Vorbereitungen in dieser Richtung durchaus entstehen konnte.<sup>99</sup>

Seine Feuertaufe als praktizierender Anwalt bestand Kaldor jedoch nicht in Paris, sondern an der Elfenbeinküste, die zum französischen Kolonialreich zählte.<sup>100</sup> Wie schon die Kampagne gegen Krawtschenko diente auch das Engagement des PCF in den nach Unabhängigkeit von Frankreich strebenden afrikanischen Kolonien vor allem auch dem Beistand der Sowjetunion, die in Afrika mit mäßigem Erfolg nach politischen und wirtschaftlichen Bündnispartnern im Kalten Krieg suchte.<sup>101</sup> Seinen eigenen Angaben zufolge nahm er den Parteauftrag, in dem westafrikanischen Land antikoloniale Kämpfer zu verteidigen, im Mai 1949 auch deshalb gerne an, weil er vom »Rassemblement Démocratique Africain« direkt bezahlt wurde und so viel mehr verdiente als ein Anwalt in der Pariser *Banlieue*, der sich eben erst selbstständig gemacht hatte. Ein weiterer Grund könnte gewesen sein, dass er sich auf diese Weise materiell unabhängig von der Partei machte – und wohl auch in der Solidaritätspolitik ungleich größere Handlungsspielräume hatte als in Frankreich, schon allein weil schwer zu kontrollieren war, was er tat. Wie Kaldor in einem Interview mit Vanessa Codaccioni ausgeführt hat, verteidigte er in den 100 Tagen, die er sich in Côte d’Ivoire aufhielt, in Dutzenden Prozessen und besuchte ebenso viele Gefängnisse. Wie im Fall Krawtschenko organisierten sich die Anwälte auch hier in einem Kollektiv, in dem jüngere wie Pierre Braun angelernt wurden, wie Jahre zuvor schon Kaldor und Nordmann durch Willard. In der Kolonie waren die Anwälte nicht nur mit grausamen Haftbedingungen, Folter und Justizwillkür konfrontiert, sondern auch mit Attentaten, weshalb sich Kaldor nur mit Leibwächter fortbewegte.<sup>102</sup> Ein Erfolg war die Intervention jedoch nur in humanitärer, nicht in machtpolitischer Hinsicht: Einerseits setzte schon die Anwesenheit der Anwälte, die in »La Défense« und anderen kommunistischen Zeitungen von den Menschenrechtsverletzungen an der Elfenbeinküste berichteten, der Willkür der französischen Kolonialisten und ihrer afrikanischen Partner gewisse Grenzen. Andererseits lockerte Félix Houphouët-Boigny, der Anführer der antikolonialen Bewegung vor Ort, sein anfängliches Bündnis mit dem PCF zusehends, um sich den französischen Sozialisten und Christdemokraten zuzuwenden.<sup>103</sup>

Ähnlich gemischt fiel die Bilanz der Kriege in Indochina und Algerien aus, die in den 1950er-Jahren die solidaritätspolitische Agenda des PCF und damit des SPF bestimmten. Entsprechende Hilfsaktionen des SPF und anderer kommunistischer Organisationen waren zwar durchaus erfolgreich, jedoch brachten sie der Partei auch hier nicht den erhofften Machtzuwachs. Die Kampagne für den Matrosen Henri Martin

99 Vgl. hierzu das lesenswerte Buch von Bernd Stöver, *Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische Liberation Policy im Kalten Krieg 1947–1991*, Köln/Weimar etc. 2002.

100 Die Akten dieser Fälle sind im Nachlass Kaldors erhalten: ADS, 503 J, Dossier 22.

101 Zur wirtschaftlichen Dimension vgl. Oscar Sanchez-Sibony, *Red Globalization. The Political Economy of the Soviet Cold War from Stalin to Khrushchev*, Cambridge/New York 2014.

102 Codaccioni, *Punir les opposants*, S. 346–362; Brodier, *Le Secours populaire français 1945–2000*, S. 66f.

103 Pierre Nandjui, *Houphouët-Boigny: l’homme de la France en Afrique*, Paris 1995.

etwa, der als ehemaliger Résistance-Kämpfer gegen den Indochinakrieg protestierte und deshalb zu fünf Jahren Haft verurteilt wurde, brachte den Kommunisten zwar unter Intellektuellen wie Jean-Paul Sartre viele Sympathien ein und die Mitgliedschaft des SPF stieg bis 1953 auf rund 14.000 an, jedoch fiel der Stimmenanteil des PCF im Laufe des Jahrzehnts auf gut 20 %.<sup>104</sup> Ähnlich verhielt es sich mit dem Protest gegen Folter in Algerien und Polizeibrutalität gegen die algerische Minderheit in Frankreich selbst. Auch hier waren kommunistische Organisationen wie der SPF zwar die Vorreiter eines stetig breiter werdenden Protests zum Schutz der Menschenrechte und der Republik, sie konnten diese Mobilisierung aber nur ansatzweise für ihre eigenen Zwecke instrumentalisieren, weil sich insbesondere die Neue Linke den Antikolonialismus und Antirassismus zwar aneignete und sich ebenfalls für die Dekolonisierung engagierte, deshalb aber nicht prokommunistisch wurde.<sup>105</sup> Mitgestaltet wurde die Solidaritätspolitik wieder von Pierre Kaldor. Er war Teil einer von der Volkswohlfahrt mitfinanzierten Luftbrücke (*pont aérien*) aus Anwälten, die zwischen 1955 und 1960 mehrere Tausend algerische Unabhängigkeitskämpfer vor französischen Militärtribunalen verteidigten.<sup>106</sup> Als es am 17. Oktober 1961 unter dem Polizeipräfekten Maurice Papon zu einem Massaker der Pariser Polizei an trotz Verbot protestierenden Algerierinnen und Algeriern kam, klapperte Kaldor danach die Kommissariate ab, um nach den Vermissten zu suchen. Die »Organisation armée secrète« (OAS), eine Gruppierung rechter Paramilitärs, bedrohte ihn mit dem Tod.<sup>107</sup> Bei einer Demonstration zum Protest gegen das Polizeimassaker, bei der sieben Protestierende starben, wurde er am Arm verletzt und vertrat danach die Opferfamilien vor Gericht.<sup>108</sup>

## V. Anti-Antikommunismus und Anti-Neokolonialismus 1961–1991

Die 1960er-Jahre gelten der Forschung zum kommunistischen Humanitarismus wie auch zum kommunistischen Menschenrechtsaktivismus als Jahrzehnt des Generationswechsels. Axelle Brodiez zeichnet nach, wie sich der SPF nun aus dem »politischen« Kampf gegen Kapitalismus und Kolonialismus zurückzog, um eine »humanitäre« Wende hin zu einer Praxis und Rhetorik zu vollziehen, die nicht mehr auf die Beseitigung der politischen Ursachen von Armut, Unterdrückung oder Krieg zielte, weil über diese stets Uneinigkeit bestehe, sondern auf die Bekämpfung ihrer sozialen Konsequenzen. Geprägt wurde diese Begrifflichkeit von Julien Lauprêtre, der die Leitung des SPF 1955 übernahm und anderthalb Jahrzehnte jünger war als Kaldor (vgl. auch Abb. 3). Auch Lauprêtre, über die Résistance zum PCF gekommen, war ein Parteikader und hatte davor unter anderem die JC geleitet. Er kam aber in einer Periode an die Spitze

104 Brodiez, *Le Secours populaire français 1945–2000*, S. 67–73; Codaccioni, *Punir les opposants*, S. 185–244.

105 Axelle Brodiez, *Le Secours populaire français dans la guerre d'Algérie. Mobilisation communiste et tournant identitaire d'une organisation de masse*, in: *Vingtième siècle. Revue d'histoire*, 2006, Nr. 90, S. 47–59; *dies.*, *Le Secours populaire français 1945–2000*, S. 113–129; Codaccioni, *Punir les opposants*, S. 319–346.

106 Die Akten dieser Fälle sind im Nachlass Kaldors erhalten: ADS, 503 J, Dossiers 1–8.

107 Eychart, *Notre ami Pierre Kaldor*, S. 69.

108 Rosa Moussaoui/Alejo José G. Sison, *L'Humanité censurée: 1954–1962*, Paris 2012, S. 63.

der Volkswohlfahrt, als sich der Kalte Krieg schon etwas entspannte – jedenfalls in Frankreich.<sup>109</sup> Liora Israël macht in ihren Forschungen zum Rechtsaktivismus ebenfalls einen Generationswechsel aus, bei dem linke Juristinnen und Juristen an parteikommunistische Vorbilder wie Willard anknüpften, sich in ihrer Ablehnung der UdSSR und Kritik am Legalismus aber auch abgrenzten.<sup>110</sup> Verfolgt man jedoch weiter die politischen Aktivitäten Kaldors, die in diesem Satteljahrzehnt noch lange nicht an ihr Ende gekommen waren, wird deutlich, dass es daneben noch eine dritte solidaritätspolitische Entwicklung gab, die ungleich stärker in der Kontinuität des Solidarismus stand, den die kommunistische Bewegung in den 1930er- bis 1950er-Jahren praktiziert hatte. Diese Entwicklung fand im Zeichen des Anti-Antikommunismus und des Anti-Neokolonialismus statt.

Einer der beiden Bereiche, in denen Kaldor jetzt aktiv wurde, war die justizielle, materielle und propagandistische Unterstützung von Kommunistinnen und Kommunisten in Westdeutschland, wo der Kalte Krieg und damit auch der Antikommunismus ungleich ausgeprägter war als in Frankreich. Bereits in den 1950er-Jahren hatte Kaldor seinen Genossen Nordmann, der als Vorsitzender der 1946 noch von René Cassin mitgegründeten, inzwischen aber Moskau-orientierten AIJD die internationale Kampagne gegen das Verbot der KPD koordinierte, beim Verstehen der bundesdeutschen Rechtsprechung geholfen.<sup>111</sup> Fünf weitere Jahre später, nachdem die französischen Behörden Kaldor die Rückkehr nach Algerien 1961 verwehrt hatten, begann er sich stärker in das Thema »République allemande fédérale« einzuarbeiten. Insbesondere stand er mit dem westdeutschen Kommunisten Franz Ahrens in Kontakt, der sich in der Bundesrepublik gemeinsam mit anderen Kommunisten um eine Aufhebung des KPD-Verbots bemühte und deshalb selbst Gefahr lief, auf der Grundlage des politischen Strafrechts von 1951 wegen Staatsgefährdung belangt zu werden.<sup>112</sup> In den 1970er- und 1980er-Jahren dann, nachdem das KPD-Verbot durch die Tolerierung der »Deutschen Kommunistischen Partei« (DKP) zwar nicht ganz aufgehoben, aber doch faktisch umgangen worden war, koordinierte Kaldor die französischen Proteste gegen den »Radikalenerlass« von 1972, der vor allem Kommunistinnen und Kommunisten den Zugang zum öffentlichen Dienst verwehrt und so die DKP-Tolerierung teilweise rückgängig machte.<sup>113</sup> Die Proteste von Kaldors Komitee entfalteten ihre Wirkung nicht nur aufseiten der von den Berufsverboten Betroffenen, denen die internationale Solidarität, die sie erfuhren, ihre Demütigung durch die westdeutschen Behörden zu kompensieren half.<sup>114</sup> Darüber hinaus gelang es Kaldor, den Druck auf die französischen

109 Brodiez, *Le Secours populaire français dans la guerre d'Algérie*, S. 53. Zu Lauprêtre vgl. auch die Hagiografie von Paul Dinez, Julien Lauprêtre. *Sa vie, son oeuvre au Secours populaire*, Paris 2009.

110 Liora Israël, *Un droit de gauche? Rénovation des pratiques professionnelles et nouvelles formes de militantisme des juristes engagés dans les années 1970*, in: *Sociétés contemporaines*, 2009, Nr. 73, S. 47–71.

111 Kaldor an Nordmann, 7.7.1956, ADS, 503 J, Dossier 30.

112 Vgl. den Briefwechsel zwischen beiden in den Jahren 1966–1969 in: ADS, 503 J, Dossier 30.

113 Die Akten dieser Fälle sind im Nachlass Kaldors erhalten: ADS, 503 J, Dossiers 16, 20–21 und 31–41.

114 Dominik Rigoll, »Was taten Sie, wenn quer durch Paris eine Mauer wäre?«. Der Radikalenbeschluss von 1972 und der Streit um die westdeutschen Berufsverbote. Deutsch-deutsch-französische Verflechtungen, in: Heiner Timmermann (Hrsg.), *Historische Erinnerung im Wandel. Neuere Forschungen zur deutschen Zeitgeschichte unter besonderer Berücksichtigung der DDR-Forschung, Müns-*

Sozialisten 1975/76 so sehr zu erhöhen, dass diese sich veranlasst sahen, bei Willy Brandt gegen »le berufsverbot« zu intervenieren, was den Abschied der SPD von Berufsverboten vermutlich beschleunigte.<sup>115</sup> Dass sich in den 1980er-Jahren, als vor dem Hintergrund der »geistig-moralischen Wende« und des zweiten Kalten Kriegs erstmals bereits verbeamtete Kommunisten aus dem Staatsdienst entlassen wurden, der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte einer entlassenen Kommunistin Schadensersatz zusprach, war ebenfalls ein Resultat des beharrlichen Justizlobbyings von kommunistisch dominierten Organisationen wie Kaldors Komitee.<sup>116</sup> Dies waren freilich kleine Erfolge im Vergleich zu den Hoffnungen, die nicht nur der PCF, sondern die gesamte französische Linke 1981 auf die Präsidentschaft François Mitterrands gesetzt hatte, als es in Paris zum ersten Mal seit 1947 wieder kommunistische Minister gab. Für den Solidarismus des SPF bedeutete dies, dass dieser nun zum zweiten Mal nach 1944 ein Stück weit verstaatlicht wurde, namentlich durch die mit Subventionen verbundene Anerkennung als Nationale Vereinigung für Volksbildung (»Association nationale d'éducation populaire«) im Januar 1983 sowie als gemeinnützige Vereinigung im März 1985, also bereits nach dem Wiederausscheiden der kommunistischen Partei aus dem Regierungsbündnis 1984.<sup>117</sup>

Kaldor hat nach dem Wahlsieg von Mitterrands Linksbündnis 1981 angeblich eine Zeit lang gehofft, er könne als französischer Botschafter nach Afrika geschickt werden.<sup>118</sup> Und in der Tat war der Protest gegen neokoloniale Ausbeutung in Afrika und rassistische Diskriminierung in Frankreich ein zweiter Bereich, in dem er seit den 1970er-Jahren verstärkt aktiv gewesen war. Ähnlich wie bei der Mobilisierung gegen die Berufsverbote, die vor allem vom PCF gefördert, aber punktuell auch von der Volkswohlfahrt unterstützt wurden (etwa bei Ferienaufenthalten in Frankreich für die Kinder von Berufsverbot-Betroffenen), waren auch diese »anti-neokolonialen« Aktivitäten sowohl mit dem PCF als auch mit dem SPF verflochten. Die Verflechtung begann schon beim Personal: Die 1972 gegründete »Association Française d'Amitié et de Solidarité avec les Peuples d'Afrique« (AFASPA), der Kaldor viele Jahre lang vorstand, verstand sich als Verein von Ehemaligen des antikolonialen Kampfes in der Nachkriegszeit, weshalb davon auszugehen ist, dass die Mitgliedschaft stark kommunistisch geprägt war. Die politische Arbeit der AFASPA bestand in der Kritik einer französischen Afrikapolitik, die den Kontinent weiterhin als ihren »Hinterhof« betrachtete, sowie in der Unterstützung afrikanischer Akteure, die den politischen Überzeugungen des Vereins nahestanden. Konkret bedeutete dies, dass auf dem afrikanischen Kontinent vor allem Kontakte mit kommunistischen Parteien gepflegt wurden. Die Kulturarbeit des Vereins bestand vor allem in der Organisation von Konfe-

---

ter 2007, S. 603–623; ders., Staatsschutz in Westdeutschland. Von der Entnazifizierung zur Extremistenabwehr, Göttingen 2013, S. 371–396.

115 Ebd., S. 427–456.

116 Peter Vögeli, Völkerrecht und »Berufsverbote« in der Bundesrepublik Deutschland 1976–1992. Die Kontrollverfahren der Internationalen Arbeitsorganisation in Theorie und Praxis, Berlin 1995; Alexandra Jaeger, Auf der Suche nach »Verfassungsfeinden«. Der Radikalenbeschluss in Hamburg 1971–1987, Göttingen 2019, S. 518f. Mit Quellencharakter: Klaus Dammann/Erwin Siemantel (Hrsg.), Berufsverbote und Menschenrechte in der Bundesrepublik, Köln 1987.

117 Brodiez, *Le Secours populaire français 1945–2000*, S. 233–264.

118 Eychart, *Notre ami Pierre Kaldor*, S. 69.



Abbildung 3: Charlotte und Pierre Kaldor mit Julien Lauprêtre, 1980er-Jahre

renzen und Ausstellungen zur Geschichte des Kolonialismus und des Antikolonialismus, welche wiederum von Kommunen mitfinanziert wurden, in denen der PCF, dessen Wahlergebnisse um das Jahr 1990 herum bei 11 % angelangt waren, über das Budget mitentscheiden konnte.<sup>119</sup> Erinnerungspolitisch aktiv war Kaldor aber auch in der Bundesrepublik, wo er in den 1970er-Jahren Ehrenmitglied des Kuratoriums der sich in Hamburg befindenden »Gedenkstätte Ernst Thälmann« wurde.<sup>120</sup> Mit der Zeit wandte er sich also einer politisierenden Historisierung seines Solidarismus zu.

## VI. Geschichtspolitik und Zeitgeschichte 1991–2010

Als Pierre Kaldor 1991 mit 79 Jahren in Pension ging, erreichte die Organisation, deren Gründungsgeneralsekretär er zwischen 1944 und 1947 gewesen war, den Höhepunkt ihrer humanitären Wirkungsmacht und ihres parteiübergreifenden Ansehens.<sup>121</sup> Einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts SOFRES zufolge kannten 1997 nicht weniger als 80 % der befragten Französischen und Franzosen den SPF.<sup>122</sup> Im Jahr vor

119 Archives de l'Association française d'amitié et de solidarité avec les peuples d'Afrique (AFASPA) 1940–1995, Archives départementales de la Seine-Saint-Denis, Bobigny 1997.

120 Jahrestagung des Kuratoriums 1976, in: Rundbrief aus dem Thälmann-Haus 4, 1975, Nr. 6, URL: <<https://www.thaelmann-gedenkstaette.de/GSETHP/Rundbriefe/rb06-76.pdf>> [11.12.2020].

121 Seinem Sohn François zufolge hätte Kaldor gerne noch weitergearbeitet, sei aber aufgrund der obligatorischen Mehrwertsteuer zum Ausscheiden gezwungen gewesen (E-Mail vom 5.2.2020).

122 Hier und im Folgenden Brodiez, *Le Secours populaire français 1945–2000*, S. 13 und 233–312.



Kaldors Tod 2010 war aus einer kommunistischen Mächtegernmassenorganisation mit wenigen Tausend Aktiven ein internationaler Player mit über einer Million Mitgliedern geworden, für den über 80.000 Freiwillige im In- und Ausland aktiv waren und der über ein Budget von 79,6 Millionen Euro verfügte, darunter knapp 50 Millionen Euro Spenden und gut 20 Millionen öffentliche Gelder.<sup>123</sup> Der Löwenanteil davon fließt zwar nach Frankreich, wobei die Bekämpfung der Kinderarmut ins Zentrum der Aktivitäten rückte, aber der SPF war und ist auch in vielen Ländern des afrikanischen Kontinents sowie in Vietnam und Indien präsent, um dort entwicklungspolitische Projekte zu unterstützen. Der emphatische Bezug auf die Republik und die Menschenrechte ist geblieben, jedoch steht dahinter keine »Kampf-Solidarität« mehr, die auf die Ersetzung der kapitalistischen durch eine sozialistische Republik abzielt, sondern eine »Gemeinschafts-Solidarität«<sup>124</sup>, die sich politisch enthält – von Ausnahmen wie der Verurteilung der argentinischen Militärjunta 1976 abgesehen.<sup>125</sup> Die Verurteilung der Junta und anderer nationalistischer Diktaturen in der westlichen Hemisphäre war übrigens auch ein wichtiges Betätigungsgebiet von Nordmanns AIJD.<sup>126</sup>

Zu einer Zeit, in der selbst der gaullistische Staatspräsident Jacques Chirac den zum Humanitarismus konvertierten Kommunisten Lauprêtre für dessen Kampf »gegen die Armut und die Exklusion« lobte<sup>127</sup>, legte Kaldor einen Aktivismus an den Tag, der ganz in der Tradition des kommunistisch verparteilichten Rechtsschutz- und Wohlfahrtsaktivismus stand, den die Volkswohlfahrt unter Lauprêtre seit den 1960er-Jahren mehr und mehr hinter sich gelassen hatte: Nach dem Genozid in Ruanda im Jahr 1994 forderte Kaldor von Frankreich nicht nur humanitäre Hilfe für die Bevölkerung des Landes, sondern prangerte vor allem auch die Mitverantwortung der in Afrika stationierten französischen Militärs an, welche die Schuldigen für den Völkermord zwar von ihren Machtpositionen verjagt, ihnen jedoch nicht ihre Machtmittel – ihre Waffen – genommen hätten.<sup>128</sup> 2001, nachdem die NATO im Kosovokrieg 1998/99 eine »humanitäre« Militärintervention unternommen hatte, nahm Kaldor in Berlin auf einem »Europäischen Friedenskonvent« zum Thema »Menschenrecht und Intervention« der bereits eingangs erwähnten »Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde« teil. Auf der Konferenz der GBM wurde der Krieg nicht dem serbischen Großmachtstreben, sondern dem amerikanischen Imperialismus angelastet und Schadensersatz für die serbischen Bombenopfer gefordert.<sup>129</sup>

Wie ebenfalls erwähnt, hatte die GBM – ein Interessenverband für ehemalige Angehörige der DDR-Funktionselite, die der »Abwicklung« zum Opfer fielen – Kaldor

123 L'essentiel 2010. Les résultats financiers du Secours populaire français, in: *Convergence*, 2011, Nr. 316 (Beilage), URL: <[https://www.secourspopulaire.fr/sites/default/files/atoms/files/rapportfinancier\\_2010.pdf](https://www.secourspopulaire.fr/sites/default/files/atoms/files/rapportfinancier_2010.pdf)> [1.12.2020]. Damit ist der SPF freilich noch immer um einiges kleiner als das französische Rote Kreuz, das mehrere 100 Millionen Euro schwer ist, oder der »Secours catolique« (ebenfalls über 100 Millionen).

124 Zu Kampf- und Gemeinschafts-Solidarität vgl. Kurt Bayertz, *Begriff und Problem der Solidarität*, in: ders. (Hrsg.), *Solidarität. Begriff und Problem*, Frankfurt am Main 1998, S. 11–53, hier: S. 49.

125 Brodiez, *Le Secours populaire français 1945–2000*, S. 269–277 und 287–290.

126 Nordmann/Brunel, *Aux vents de l'histoire*, S. 283–294.

127 Paul Dunez, *Julien Lauprêtre. Sa vie, son œuvre au Secours populaire*, Paris 2009, Buchrücken.

128 Pierre Kaldor, *AFASPA: La responsabilité de Paris*, in: *L'Humanité*, 14.11.1996.

129 Dossier Berlin 2001, IHTP, Fonds Kaldor.

1997 mit ihrem Menschenrechtspreis ausgezeichnet.<sup>130</sup> Wohl nicht so sehr deshalb, weil das »Neue Deutschland« zu DDR-Zeiten ab und an über die »uneingeschränkte Sympathie und Solidarität« berichtet hatte, die Kaldor als Vertreter des französischen Berufsverbote-Komitees der »Anti-Berufsverbotsbewegung in der BRD« versicherte.<sup>131</sup> Wichtiger ist wohl, dass sich Kaldor für ehemalige SED-Mitglieder einsetzte, die nach 1990 aus dem Staatsdienst entfernt wurden.<sup>132</sup> Zudem protestierte er gegen die politische Strafverfolgung von SED-Größen.<sup>133</sup> Das Menschenrechtsverständnis der GBM entspricht dem der DDR<sup>134</sup>, dem unlängst Ned Richardson-Little eine lesenswerte Studie gewidmet hat.<sup>135</sup> Ein Jahr nach Pierre Kaldor wurde Fidel Castro prämiert – »für sein Verdienst um die sozialen Menschenrechte«, wie es in einem Schreiben des GBM-Vorsitzenden Wolfgang Richter an Kaldor heißt.<sup>136</sup> Bereits 1994 hatte Kaldor – damals noch ganz offiziell als Vertreter des PCF – auf Einladung der aus der SED hervorgegangenen »Partei des Demokratischen Sozialismus« (PDS) an einer Konferenz über die strafrechtliche »Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit« in der Bundesrepublik teilgenommen, mit der die PDS auf den Vorwurf reagierte, die DDR sei ein »Unrechtsstaat« gewesen. Kaldor legte in seinem Beitrag eine bemerkenswerte Mischung aus Loyalität zu den ehemaligen DDR-Eliten und vorsichtiger Kritik an der DDR an den Tag. Einerseits versicherte er, der PCF wolle »Solidarität üben«, indem er Informationen über die Strafverfolgung ehemaliger DDR-Funktionsträger in Frankreich verbreite. Es sei »Unrecht«, wenn gegen die Regierenden in der DDR, die von der Bundesrepublik eben noch »als Vertragspartner respektiert« wurden, politische Strafverfahren angestrengt würden. »Internationale Verträge, deren Verabschiedung in erheblichem Maße der DDR zu verdanken« gewesen seien, hätten »den kalten Krieg zurückgedrängt«. Andererseits sei offensichtlich, dass sich in der DDR »breite Schichten« von der SED »abgewandt« hätten, insbesondere »ein großer Teil der Jugend, die die Schwierigkeiten des Anfangs der DDR nicht mehr kannte«. Dass die »Schöpfer der DDR« ein Gemeinwesen aufbauen wollten, das »nicht als Hauptziel die Mehrung von Geld und Eigentum hatte«, sei ja schön und gut, nur könne man »sagen, dass die Autoren dieses edlen Unternehmens vielleicht die Notwendigkeit einer bewussten, bejahenden Mitwirkung der Bevölkerung verkannt haben«. Allerdings sei diese Frage »für

130 Klaus Dümde/Pierre Kaldor, Irrweg der Diskriminierung, in: Neues Deutschland, 8.12.1997.

131 Dieter Wolf, Demokratenjagd in der BRD am Pranger, in: Neues Deutschland, 14.11.1977.

132 Eine Historisierung des Elitenaustauschs nach 1990 steht noch aus. Vgl. aber Ilko-Sascha Kowalcuk, Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde, München 2019, S. 170–192; Stefan Bollinger/Ulrich van der Heyden (Hrsg.), Deutsche Einheit und Elitenwechsel, Berlin 2002; Werner Röhr, Abwicklung. Das Ende der Geschichtswissenschaft der DDR, 2 Bde., Berlin 2012.

133 Eine Geschichte dieser Prozesse, die im Kalten Krieg vorbereitet wurden, liegt nur auf Französisch vor: Guillaume Mouralis, Une épuration allemande. La RDA en procès 1994–2004, Paris 2008.

134 Vgl. Scott Calnan, The Effectiveness of Domestic Human Rights NGOs: A Comparative Study, Leiden/Boston 2008, S. 161–165, der unter anderem mit dem Historiker Siegfried Prokop ein Interview geführt hat.

135 Ned Richardson-Little, The Human Rights Dictatorship. Socialism, Global Solidarity and Revolution in East Germany, Cambridge/New York etc. 2020.

136 Richter an Kaldor, o. D., ADS, 503 J, Dossier 23. Vgl. auch Judith Dorn, Warum erhält Fidel Castro den Menschenrechtspreis der GBM?, in: Junge Welt, 17.9.1998.

mich, für unsere Partei, jetzt nicht zu diskutieren.«<sup>137</sup> Kaldor wahrte auch hier den kommunistischen Kommentar und brachte öffentliche Kritik nur in sehr zurückhaltender – »solidarischer« – Form vor.

Nicht minder bemerkenswert sind die Akzente, die Kaldor in der französischen Zeitgeschichte setzte (oder zu setzen versuchte, denn sehr breit sind seine Akzentsetzungen bisher nicht rezipiert worden, namentlich in Bezug auf die Geschichte des Kommunismus). Hier schlug Kaldor einen anderen Weg ein als etwa Joë Nordmann, der sich nach 1996 in seinen Memoiren dafür entschuldigte, dass er den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt so lange verteidigt und im Krawtschenko-Prozess die Zeugen des Gulag als Lügner bezeichnet hatte: Er habe die Berichte für Gräuelpropaganda gehalten, die einen Krieg gegen die Sowjetunion legitimieren und die kommunistische Résistance gegen die deutsche Besetzung Frankreichs einige Jahre zuvor delegitimieren sollte. »1917« sei für ihn seinerzeit wie ein zweites »1789« gewesen und er habe Stalin dasselbe Recht eingeräumt, sich gewaltsam gegen Konterrevolutionäre zur Wehr zu setzen, wie einst Maximilien de Robespierre. Dass sich Nordmann zu Selbstkritik veranlasst sah, hatte wohl auch damit zu tun, dass er ungleich bekannter war als Kaldor, weil er als Präsident der AIJD seit 1973 darauf hingearbeitet hatte, Paul Touvier und Klaus Barbie wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor Gericht zu bringen – was am Ende auch gelang.<sup>138</sup> Kaldor veröffentlichte keine Erinnerungen in einem großen linken Verlag, sondern kurze Texte in »Faites entrer l'infini«, einer Zeitschrift, die nur Aragon und seiner Frau Elsa Triolet gewidmet ist. Hier erschienen von ihm 1999 seine »Souvenirs à propos du pacte germano-soviétique«. Darin rechtfertigt er den Pakt einmal mehr als eine Defensivmaßnahme, die sich daraus ergeben habe, dass Frankreich und Großbritannien zuvor Stalins Drängen auf ein Militärbündnis gegen Hitler negativ beschieden hätten. Das große Unglück vor dem Zweiten Weltkrieg sei nicht der Nichtangriffspakt gewesen, sondern dass sich der Westen nicht bereits 1938, sondern erst 1942 auf eine Anti-Hitler-Koalition eingelassen habe.<sup>139</sup>

Auch mit Blick auf die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg schließlich sah Kaldor vor allem Frankreich selbst in der Verantwortung für problematische Entwicklungen. So erschien am 8. Mai 2005 in einer linksoppositionellen algerischen Zeitung ein kurzer Text von ihm, in dem er erzählt, dass ihm als Generalsekretär des SPF im Frühjahr 1945 von der US-Armee drei Flugzeuge zur Verfügung gestellt worden seien, um damit befreite französische KZ-Häftlinge aus Weimar, Dachau und Pilsen nach Frankreich zu evakuieren. Nach der ersten Rettungsaktion seien die Maschinen jedoch von der Regierung de Gaulle requiriert worden, um damit Soldaten nach Algerien zu fliegen, die den Aufstand von Sétif niederschlagen hatten. Bereits im Moment des Sieges über den Faschismus, so Kaldors Botschaft, seien die imperialistischen Interessen Frankreichs stärker gewesen als der Wunsch, die Deportierten zu ihren Familien zu

137 Pierre Kaldor, Aus der Sicht der Französischen Kommunistischen Partei, in: Lothar Bisky/Uwe-Jens Heuer/Michael Schumann (Hrsg.), »Unrechtsstaat«? Politische Justiz und die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit, Hamburg 1994, S. 61–63, hier: S. 62f.

138 Nordmann/Brunel, Aux vents de l'histoire, S. 65–107 und 187–193.

139 Pierre Kaldor, Mes souvenirs à propos du pacte germano-soviétique, in: Faites entrer l'infini, 1999, Nr. 28.

holen.<sup>140</sup> Schließlich widersprach Kaldor auch der Interpretation seines eigenen Wirkens an der Spitze des SPF als wirklich »sozial«, während es der PCF-Führung vor allem um die »politische« Instrumentalisierung des Humanitarismus für kommunistische Zwecke gegangen sei: Was er für den SPF gewollt habe, sei eine *andere* Politik gewesen (»une autre politique«), an deren politische Nützlichkeit er auch und gerade »als Kommunist« geglaubt habe.<sup>141</sup> Sein am Ende erfolgloses Wirken auf eine Reduktion der Parteipolitik in der Solidaritätsarbeit des SPF habe also nicht im Gegensatz zu seinem Kommunistsein und Politischsein gestanden, sondern nur seinen Wunsch nach einem Mehr an aktiver Sozialpolitik in der Organisation ausgedrückt.

Als Pierre Kaldor 2010 verstarb, veröffentlichte »L'Humanité«, deren Belegschaft 1920 von der sozialistischen zur kommunistischen Partei übergewechselt war, einen kurzen Nachruf, in dem sie ihn als »Anwalt an der Seite der Unterdrückten« porträtierte.<sup>142</sup> Für einen längeren Text reichte es vielleicht auch deshalb nicht, weil es  *militants communistes* in seinem Alter und mit seinem politischen Gewicht sehr, sehr viele gibt – auch wenn das nicht heißt, dass alle so vielfältige und interessante Geschichten zu erzählen hätten wie er.<sup>143</sup> Darüber hinaus bekamen er und Charlotte, die Pierre sechs Jahre überlebte, Einträge im sogenannten *Maïtron*, der großen Biografie der französischen Arbeiterbewegung.<sup>144</sup> Verewigt wurden die beiden auch im »Musée de la Résistance nationale« in dem Pariser Vorort Champigny-sur-Marne, einer jahrzehntelangen kommunistischen Hochburg. In einer Vitrine ist das von Charlotte beschaffte Seil zu sehen, an dem sich Pierre aus der Gefangenschaft befreite. An dem Gefängnis wurde 2016 im Beisein hochrangiger Militärs und eines Staatssekretärs aus dem Verteidigungsministerium eine Plakette zu Kaldors Ehren angebracht.<sup>145</sup> 2018 schließlich wurde in Floirac, einem Vorort von Bordeaux, eine Straße nach ihm benannt. »Ausgebrochener Widerstandskämpfer, Anwalt, Präsident der Französischen Volkswohlfahrt 1944–1947« ist auf dem Schild unter seinem Namen und seinen Lebensdaten zu lesen.<sup>146</sup> In Deutschland veröffentlichten die »junge Welt« und das »Neue Deutschland« etwas umfangreichere und persönlichere Nachrufe.<sup>147</sup> Ihr Verfasser war Horst Behtge, ein Realschullehrer, Gewerkschafter und Mitglied der Deutschen Friedens-Union, einer pazifistischen Vereinigung im Umfeld der DKP, die politisch und finanziell stark

140 Pierre Kaldor/Nadine Bouzeghrane, Pierre Kaldor, dernier témoin d'un episode peu connu, in: El Watan, 8.5.2005. Vgl. auch Alain Ruscio, der die Episode für wahr hält, aber auch zeigen kann, dass der PCF die Massaker der französischen Militärs letztlich mitgetragen hat: Alain Ruscio, Les communistes et les massacres du Constantinois (mai-juin 1945), in: Vingtième Siècle. Revue d'histoire, 2007, Nr. 94, S. 217–229.

141 Brodiez, Entretien avec Pierre Kaldor, S. 6.

142 Pierre Kaldor, avocat aux côtés des opprimés, in: L'Humanité, 9.10.2010.

143 Vgl. hierzu auch die lesenswerte Kollektivbiografie von Paul Boulland, Des vies en rouge. Militants, cadres et dirigeants du PCF (1944–1981), Ivry-sur-Seine 2016.

144 Genevée/Willard, KALDOR Pierre; Pennetier, KALDOR Charlotte née SZLADOWSKI.

145 Jean-Pierre Husson, Plaque en hommage à Pierre Kaldor, URL: <[http://www.cndp.fr/crdp-reims/memoire/lieux/2GM\\_CA/plaques/prison\\_chalons\\_kaldor.htm](http://www.cndp.fr/crdp-reims/memoire/lieux/2GM_CA/plaques/prison_chalons_kaldor.htm)> [20.8.2020].

146 Inauguration de la rue Pierre KALDOR, in: Amis de l'Humanité, 6.4.2018, URL: <<http://amis-humanite.fr/pec-events/inauguration-de-la-rue-pierre-kaldor/>> [20.8.2020].

147 Horst Behtge, Auf den Punkt kommen. Pierre Kaldor machte die Menschen mutig, in: junge Welt, 13.2.2010; ders., Pierre Kaldor. Ein Nachruf, in: Neues Deutschland, 13.2.2010.

von der SED abhing. Bethge hatte in der Bundesrepublik den DKP-nahen Protest gegen den »Radikalenerlass« von 1972 koordiniert.<sup>148</sup>

## VI. Schluss: Solidarismus, Demokratie, Kommunismus

Wie schon in der Einleitung von Dietmar Süß und Meik Woyke ausgeführt, hat der Philosoph Kurt Bayertz in den 1990er-Jahren angeregt, zwischen zwei Typen der Solidarität zu unterscheiden. Bayertz nennt zum einen die »Kampf-Solidarität«, die »materielle oder symbolische Hilfe« für jene organisiert, die »für ihre Rechte kämpfen«. Im vorliegenden Fall wären dies zum Beispiel die Gruppen, in denen Kaldor aktiv war und die für die Rechte von Kommunisten oder potenziellen Verbündeten an der Côte d'Ivoire, in Algerien oder der Bundesrepublik eintraten. Zum anderen identifiziert Bayertz »Gemeinschafts-Solidarität«, die als »Inbegriff der wechselseitigen Bindungen und Verpflichtungen« bestimmt werden könne, »die zwischen einer Gruppe von Menschen bestehen«, die in der Regel »durch gemeinsame Lebensbedingungen, gemeinsame Werte etc. getragen« seien.<sup>149</sup> Im vorliegenden Fall träfe dies auf den Humanitarismus des SPF zu, der in den ersten Jahrzehnten seiner Existenz der kommunistisch organisierten Arbeiterschaft zugutekam und von dem inzwischen alle armen Kinder profitieren können, und zwar sowohl in Frankreich selbst als auch in armen Ländern; die kommunistische Gemeinschaftssolidarität wäre demnach universalisiert worden. Bayertz ist nicht der einzige, der für eine analytische Zweiteilung dieser Art eintritt. Auch Historiker und Historikerinnen, die sich in den letzten Jahren mit Menschenrechten und Humanitarismus beschäftigt haben, untersuchen beide oft getrennt voneinander – wohl wissend, dass die Übergänge in der Realität oft fließend sind. In der Tat spricht einiges dafür, menschenrechtsbezogene von humanitären Politiken analytisch präzise zu unterscheiden, wie auch der Ideenhistoriker Samuel Moyn mit Nachdruck gefordert hat.<sup>150</sup> Angesichts der in diesem Beitrag präsentierten Befunde lohnt es sich aber auch, beide Phänomene nach dem ideengeschichtlichen Auseinanderdividieren wieder neu zusammenzudenken – nicht so sehr aus organisations- oder globalgeschichtlicher Perspektive, sondern aus einem politik- und gesellschaftsgeschichtlichen Blickwinkel.

So erscheinen die von Bayertz und Moyn vorgeschlagenen Unterscheidungen mit Blick auf den kommunistischen Solidarismus insofern unpräzise, als die Gemeinschaftssolidarität der französischen Volkswohlfahrt immer auch Teil eines politischen Kampfes war: Als der SPF gegründet wurde, sollte er »die Massen« nicht nur sozial besserstellen, sondern auch politisch für den PCF gewinnen. Und auch heute lindert der SPF nicht einfach das Leid sozial schwacher Familien, sondern bindet diese auch politisch an die französische Republik. Wäre es nicht so, würde der SPF nicht über 16

148 Rigoll, »Was täten Sie, wenn quer durch Paris eine Mauer wäre?«; ders., Staatsschutz in Westdeutschland, S. 381–384.

149 Bayertz, Begriff und Problem der Solidarität, S. 49.

150 Moyn, Theses on Humanitarianism and Human Rights.

Millionen Euro an öffentlichen Geldern (2018) bekommen<sup>151</sup> und Kaldor wäre nicht zum Ritter der Ehrenlegion ernannt worden. Staatliche Subventionen und Ehrungen wurden möglich, weil sich der kommunistische Solidarismus seit der Détente der 1960er-Jahre massiv vergesellschaftet, namentlich demokratisiert (und nationalisiert<sup>152</sup>) hatte. Umgekehrt diene und dient der kommunistische Menschenrechtsaktivismus dem Selbstverständnis der Akteurinnen und Akteure nach nicht nur der Realisierung (partei-)politischer Ziele, sondern auch der Errichtung einer sozial(er)en Gesellschaft, von deren Segnungen nicht nur der PCF profitieren sollte. Und als es Charlotte Kaldor 1943 gelang, Pierre aus dem Gefängnis zu befreien, erkämpfte sie damit nicht nur seine persönlichen Freiheitsrechte, sondern leistete auch einen Beitrag für die politische Stärke der PCF im Moment des Wiederaufbaus, die wiederum einer der Gründe dafür ist, weshalb die Regierung des Erzkonserativen de Gaulle so viel für die sozialen Rechte der Franzosen tat. Aus politik- und gesellschaftsgeschichtlicher Perspektive betrachtet, steckt also in Kampf-Solidarität auch Gemeinschaftssolidarität und umgekehrt. Oder wie Kaldor es kurz vor seinem Tod in einem Interview mit Axelle Brodiez ausdrückte: Es ging in seinen Auseinandersetzungen mit der Parteiführung um den Kurs des SPF nicht um Politisierung und Depolitisierung, sondern um verschiedene Arten des Politikmachens: das eine Mal zum Schutz von Freiheitsrechten, das andere zur Sicherung von Sozialrechten.

Machtpolitisch und gesamtgesellschaftlich betrachtet, sind Menschenrechtsaktivismus und Humanitarismus also komplementäre Bereiche ein und desselben Solidarismus. Und es spricht meines Erachtens vieles dafür, dass dies kein kommunistischer Sonderfall ist, sondern zum Beispiel auch für demokratischen Solidarismus gilt. Das Besondere an Kommunisten wie Kaldor ist eher, dass ihnen als Marxisten das Politische ihres vermeintlich unpolitischen humanitären Handelns tendenziell bewusster sein dürfte als etwa Liberalen, die »rein humanitäres« Handeln häufig als unpolitisch ansehen und dabei den Umstand ausblenden, dass auch dieser Humanitarismus eine wichtige gesellschaftspolitische Stabilisierungsfunktion erfüllt. Aus dem gleichen Grund war Kommunisten wie Kaldor auch bewusster, dass Gewalt und Militanz integraler Bestandteil von politischem Solidarismus sind – nicht nur im Widerstand gegen die nationalistische Diktatur und im Moment der Befreiung des Justizministeriums, sondern auch in der Auseinandersetzung mit den Polizeikräften der Republik. Und auch diese Gewalthaftigkeit des Solidarismus ist kein Alleinstellungsmerkmal des Kommunismus. Dies zeigen etwa »humanitäre Interventionen« demokratischer Staaten, bei denen Humanitarismus, Menschenrechtsaktivismus und Machtpolitik gleichsam fusionieren. Im Kosovokrieg sah Kaldor deshalb vor allem den US-Imperialismus am Werk und hielt den Humanitarismus für vorgeschützt.<sup>153</sup> Umgekehrt hatten aber auch der UdSSR nur wenige geglaubt, als sie 1979 mit humanitären Argu-

151 SPF (Hrsg.), *L'essentiel* 2018, URL: <<https://www.secourspopulaire.fr/bilan-activite-2018/fr/asset/pdf/essentiel.pdf>> [4.12.2020], S. 3.

152 Zum Verhältnis von Demokratisierung und Nationalisierung vgl. den Beitrag von Dominik Rigoll und Yves Müller zur Zeitgeschichte des Nationalismus in diesem Band.

153 Zu den machtpolitischen Implikationen der Intervention im Kosovo vgl. etwa David N. Gibbs, *First Do No Harm. Humanitarian Intervention and the Destruction of Yugoslavia*, Nashville 2009.

menten in Afghanistan einmarschiert war.<sup>154</sup> Wenn nun aber Humanitarismus, Menschenrechtsaktivismus und Machtpolitik nur verschiedene Seiten ein und desselben Solidarismus sind, ist es dann wirklich angebracht, an einem Begriff wie »Solidarität« festzuhalten, der gemeinhin nicht mit Gewalt assoziiert wird? Eine methodische Auflösung des Dilemmas bietet möglicherweise der Solidaritätsbegriff von Émile Durkheim, der unter »solidarité« nichts moralisch Aufgeladenes versteht, sondern im Grunde nur eine Form der gesellschaftlichen oder politischen Arbeitsteilung, die zwischen den Akteuren abgesprochen sein kann, aber nicht bewusst sein muss, um zu funktionieren. Durkheim, der mit dem Sozialismus sympathisierte, widerspricht der liberalen Vorstellung, wonach die kapitalistische Arbeitsteilung – wie von einer »unsichtbaren Hand« geleitet – zu einer dem Gemeinwesen adäquaten Güterproduktion und zu einer gerechten Verteilung des Reichtums führen würde, wenn sich nur alle an ihrem eigenen Wohl orientierten. Im Gegenteil, so Durkheim, entstünden anstatt eines solchen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalts mehrere miteinander konkurrierende Solidaritäten: »so viele Klassen es in diesem System gibt, so viele Formen der Solidarität gibt es«.<sup>155</sup> Im hier verhandelten Fall wären dies die kommunistische und die demokratische Solidarität/Arbeitsteilung.

Die kleinste Einheit des im Sinne einer politischen Arbeitsteilung verstandenen Solidarismus wäre dann der einzelne Aktivist, die einzelne Aktivistin: *le militant et la militante*. Für sich allein genommen, haben sie alle nur wenig Handlungs- und Wirkungsmacht, aber sie tun jeden Tag viele kleine Dinge, um auf die Realisierung einer politischen Utopie hinzuarbeiten, und diese Dinge summieren sich nicht nur, sondern greifen auch wie von selbst ineinander (wenn man sich nicht gerade in einem Streit über den rechten Weg zur Utopie in den Haaren liegt). Allein in diesem Sondengang anhand der Figur Pierre Kaldors lassen sich ganz unterschiedliche Solidaritätspraktiken identifizieren. Eine *professionelle*, da er seinen Anwaltsberuf ehrenamtlich in den Dienst des Kommunismus stellte; eine *organisierende*, da er in Partei-, Gewerkschafts- und Vereinigungsgremien mitarbeitete; eine *intellektuelle*, da er unzählige Artikel, Broschüren et cetera verfasste und vortrug; eine *karitative*, da er materielle und symbolische Hilfe selbst leistete oder organisierte; eine *repräsentative*, weil er die Juristenvereinigung, den SPF et cetera in der Öffentlichkeit und gegenüber Dritten vertrat; eine *militante* und eine *repressive*, weil er 1944/45 an der militärischen Befreiung des französischen Justizministeriums und an der politischen Reinigung von dessen Mitarbeiterstab mitwirkte. Nimmt man neben Pierre selbst auch Charlotte in den Blick, werden noch eine Reihe weiterer Praktiken sichtbar, die notwendig waren, damit kommunistischer Solidarismus seine Wirkung entfalten konnte: Charlotte half nicht nur dabei mit, Pierre aus dem Gefängnis zu befreien, sondern legte auch über die Jahre hinweg eine assistierende und reproduktive Praxis an den Tag, indem sie die Papierarbeit der Anwaltspraxis erledigte und sich um den Haushalt kümmerte, nachdem im Jahr 1946 das erste Kind der beiden, François, auf die Welt gekommen war. Daneben arbeitete sie für »La Défense«, als Pierre für die Zeitung zuständig war, später dann für die eben-

154 Zur internationalen Geschichte dieser »humanitären Invasion« vgl. Timothy Nunan, *Humanitarian Invasion. Global Development in Cold War Afghanistan*, New York 2016.

155 Émile Durkheim, *Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften*, Frankfurt am Main 1988 (zuerst frz. 1893), S. 6.

falls kommunistische Zeitschrift »Économie et Politique«. In den 1970er- und 1980er-Jahren wirkte sie in dem von Pierre geleiteten Berufsverbote-Komitee mit.<sup>156</sup>

Das wohl erst im historischen Rückblick sicht- und analysierbar werdende Ergebnis all dieser kleinen Handlungen war zwar nicht die Errichtung einer kommunistischen Gesellschaft, aber eine Realität, die man als Kommunisierung der französischen Demokratie bezeichnen kann. Wie der PCF und sein Umfeld die französische Gesellschaft kommunistierten, ohne auch nur ansatzweise den Kapitalismus abzuschaffen, lässt sich vielleicht am pointiertesten bei Marc Lazar nachlesen, dem großen anti-kommunistischen Historiker des französischen Kommunismus. In seinem Essay »Le communisme, une passion française«, der 2001 kurz nach dem »Schwarzbuch des Kommunismus« erschien, schreibt Lazar, der PCF habe in Frankreich einen Antikapitalismus starkgemacht, der den Wirtschaftsliberalismus als Weltgefahr überzeichne, einen Antiimperialismus, der offen für Antizionismus sei, einen Antifaschismus, der bloßes Antilinkssein faschistisch nenne, einen Antirassismus, der die Gesellschaft diabolisiere, und einen Antireformismus, der die Arbeit an konstruktiven Lösungen verweigere.<sup>157</sup> In der Tat konnte man am Beispiel Kaldors gut sehen, dass es wohl vor allem die Kommunisten waren, die – in der Abwehr des Faschismus vor und nach 1940 – dafür sorgten, dass der Antifaschismus in Frankreich nicht nur aufseiten der Linken als integraler Bestandteil des nationalen Erbes angesehen wird, sondern in weiten Teilen der Gesellschaft. In den Blick geriet auch, dass die Kommunisten 1944/45 maßgeblich an den Weichenstellungen beteiligt waren, mit denen die Widerstandsregierung den Kapitalismus einzuhegen gedachte – und die auch wegen des Niedergangs des PCF seit einigen Jahren mehr zur Disposition stehen denn je.<sup>158</sup> Auch Antiimperialismus zieht sich wie ein roter Faden durch den kommunistischen Solidarismus, wobei Kaldor nicht nur gegen deutschen, britischen und amerikanischen, sondern auch gegen französischen Imperialismus agitierte. Gerade sein Wirken gegen den französischen Kolonialismus entfaltete Wirkungsmacht, da sich viele Nichtkommunisten kommunistische Praktiken und Ideologien aneigneten, weil sie zwar nicht kommunistisch, sehr wohl aber antiimperialistisch und antikolonial dachten.

Was antikommunistische Kommunismusforscher wie Marc Lazar leicht übersehen, weil sie sich vor allem für die politische Instrumentalisierung demokratischer Praktiken und Ideologien durch den Kommunismus interessieren, ist, dass in Frankreich schubweise und parallel zur Kommunisierung der Demokratie eine Demokratisierung der kommunistischen Bewegung stattfand. Eine – sicherlich auch, aber eben nicht nur instrumentelle – politische Aneignung bis dahin nur demokratischer oder sozialistischer Praktiken fand schon mit der Gründung der Juristenvereinigung und später des SPF statt. Letzterer war nicht nur als linke Konkurrenz zur »Ligue française pour la défense des droits de l'homme et du citoyen« (kurz: »Ligue des droits de l'homme«) gedacht<sup>159</sup>, sondern auch als demokratischere – weil sozialere und antiko-

156 Pennetier, KALDOR Charlotte née SZLADOWSKI.

157 Lazar, *Le communisme*, S. 218. Die kommunistische Antwort darauf: Martelli, *L'empreinte communiste*.

158 Erinnert sei an die kurzzeitig viel diskutierte Streitschrift von Stéphane Hessel, *Empört Euch!*, Berlin 2010, der die Bedeutung der Weichenstellungen der Widerstandsregierung ebenfalls betont.

159 Eine wichtige Ausnahme ist William D. Irvine, *Between Justice and Politics. The Ligue des Droits de l'Homme, 1898–1945*, Stanford 2006. Vgl. darüber hinaus die französischen Studien Emmanuel Na-



lonialere – Imitation. Zudem kooperierten die kommunistische Volkswohlfahrt und die sozialistische Menschenrechtsliga bei der Abwehr des französischen Nationalismus trotz vieler Konflikte.<sup>160</sup> Auch wenn sich Kommunisten wie Willard und Kaldor stets affirmativ auf das sowjetische Vorbild bezogen, war das, was Humanität und Menschenrechte für sie darstellte, praktisch und ideologisch zuerst in ihrer eigenen (Einwanderungs-)Gesellschaft verankert.<sup>161</sup> Ein zweiter Demokratisierungsschub wurde, wie erwähnt, durch die Entspannungspolitik der 1960er-Jahre möglich. In einer Zeit, da der PCF in der Opposition war, aber nicht mehr verfolgt wurde, fand eine Vergesellschaftung kommunistischer Solidaritätspolitiken statt, die am Ende darauf hinauslief, dass der SPF aufhörte kommunistisch zu sein: Die am Beginn des Beitrags erwähnte Feier im Stade de France mit Zinédine Zidane, Ronaldo und Jacques Chirac hätte ebenso gut der »Secours catholique« ausrichten können.

Gerade auch vor dem Hintergrund der Demokratisierung des SPF erscheint es bemerkenswert, dass Kaldor selbst sich einer solchen Entkommunisierung verweigerte. In den 1960er- bis 1990er-Jahren, als die kommunistische Bewegung in Frankreich keinen Repressionen mehr ausgesetzt war, engagierte er sich für die Freiheitsrechte von Kommunistinnen und Kommunisten dort, wo sie noch Diskriminierungen erlitten: in der Bundesrepublik und wohl auch in einigen Staaten, die im Fokus der AFASPA standen. Der Umfeldaktivismus in Algerien und der Bundesrepublik war für ihn also womöglich beides: in den 1950er-Jahren eine Möglichkeit, dem »Stalinismus« seiner Partei zu Beginn des Kalten Kriegs, der ihn wahrscheinlich die Stelle an der Spitze des SPF gekostet hatte, ein wenig auszuweichen, ohne illoyal zu werden; in den Jahren nach 1961 dann eine Möglichkeit, dem »Reformismus« des SPF eine politische Praxis an die Seite zu stellen, die an der alten kommunistischen Parteilichkeit festhielt. Kaldor stand dabei übrigens ganz auf Parteilinie, denn anders als in der italienischen und österreichischen KP war der Eurokommunismus im PCF schwach und wurde, wenn überhaupt, von Jüngeren getragen. Anders als der nur ein Jahr jüngere österreichische Kommunist und ehemalige Résistance-Kämpfer Franz Marek, für den die sowjetische Militärintervention gegen die populären tschechischen Reformkommunisten im August 1968 ein Grund für den Bruch mit der Partei war<sup>162</sup>, blieb Kaldor das, was auch in der Forschung oft als »dogmatisch« oder »orthodox« bezeichnet wird. Was ihn persönlich angeht, wird für ihn sicherlich eine Rolle gespielt haben, dass er 1939 von der Republik als Verräter eingesperrt und 1940 ans Vichy-Regime transferiert wurde, das er nur mit viel Glück überlebte, während Zehntausende Kommunisten ermordet wurden. Aber auch noch in den 1950er-Jahren wurde er wegen seiner Algerien-Aktivitäten als Staatsfeind behandelt und sah sich zudem den Angriffen der nationalistischen OAS

---

quet, Pour l'Humanité. La Ligue des Droits de l'Homme de l'affaire Dreyfus à la défaite de 1940, Rennes 2014; Éric Agrikoliansky, La Ligue française des droits de l'homme et du citoyen depuis 1945, sociologie d'un engagement civique, Paris 2002.

160 Kritisch hierzu: Christian Jelen, Hitler ou Staline. Le prix de la paix, Paris 1988.

161 In Überblicken, die Kommunismus mit Staatssozialismus gleichsetzen, spiegelt sich dies noch nicht wider. Vgl. etwa Mark Philip Bradley, Human Rights and Communism, in: Juliane Fürst/Silvio Pons/Mark Selden (Hrsg.), The Cambridge History of Communism, Cambridge/New York etc. 2017, S. 121–150.

162 Sehr lesenswert hierzu: Franz Marek, Beruf und Berufung Kommunist. Lebenserinnerungen und Schlüsseltexte, hrsg. v. Maximilain Graf/Sarah Knoll, Wien 2017.

ausgesetzt. Der republikanischen Ordnung dürfte er ähnlich skeptisch gegenüberstanden haben wie die »misstrauischen Patriarchen« (Monika Gibas) an der Spitze der DDR, die zuerst in der Weimarer Republik rechtlich Ausgestoßene waren und es in der frühen Bundesrepublik blieben, sofern sie die NS-Verfolgung überlebt hatten.<sup>163</sup>

Westliche Kommunisten wie Pierre Kaldor als Stalinisten zu bezeichnen, erscheint vor diesem Hintergrund nicht angebracht. Sicherlich: Der PCF und auch Kaldor persönlich trugen maßgeblich zur Tabuisierung der in der UdSSR begangenen Massenverbrechen und damit nicht nur zur Legitimierung und Stabilisierung der stalinistischen Diktatur, sondern auch zur Verhöhnung ihrer Opfer bei, darunter nicht zuletzt Kommunistinnen wie Margarete Buber-Neumann. Noch in den 1970er- bis 1990er-Jahren, als Kaldor gegen Berufsverbote in Westdeutschland protestierte, fiel von ihm kein Wort über Berufsverbote in sozialistischen Staaten. Allerdings muss man sich auch vergegenwärtigen, dass die Tabuisierung der Verbrechen in der Sowjetunion in Frankreich nur deshalb so lange halten konnte, weil sie auch von den Gaullisten getragen wurde, die ebenfalls kein Interesse daran hatten, ihren ehemaligen Alliierten in der Anti-Hitler-Koalition zu delegitimieren. Auch der Protest gegen die Berufsverbote in der Bundesrepublik war zwar einseitig, weil er viel härtere Praktiken in Osteuropa verschwieg, er war aber dennoch gerechtfertigt, weil die jungen Leute, die am Eintritt in den öffentlichen Dienst gehindert wurden (oder werden sollten) in fast allen Fällen nicht agitiert hatten oder Ähnliches. Sie wurden allein wegen ihrer Gesinnung, wegen der Mitgliedschaft in kommunistischen Organisationen abgelehnt. Dies war eine Praxis, die noch illiberaler war als in den 1960er-Jahren, wo linke Lehrer ebenfalls sanktioniert worden waren, aber für konkrete Taten.<sup>164</sup>

Vielleicht wäre es sinnvoll, mit Blick auf westliche Verteidiger des Stalinismus wie Kaldor nicht von Stalinisten zu sprechen, sondern von Stalinloyalen. Dieser Begriff wäre nicht nur weniger normativ aufgeladen, sondern würde beim Gebrauch auch die Frage aufwerfen, warum es denn jemand für notwendig erachtete, gegenüber einem Regime wie der Sowjetunion oder auch gegenüber anderen sozialistischen Staaten so lange so loyal zu sein. Was Kaldor selbst über die Loyalität dachte, die er dem Staatssozialismus gegenüber bis zu seinem Tod an den Tag legte, wissen wir nicht. Wie gesehen, hat er darüber anders als Joë Nordmann nicht öffentlich gesprochen. Anzunehmen ist, dass die Basis dafür, wie bei anderen Kommunistinnen und Kommunisten seines Alters auch, im antifaschistischen Kampf der Zwischen- und Weltkriegszeit gelegt wurde, den man schließlich geführt hatte, um nach dem Sieg über Hitler auch außerhalb der UdSSR den Sozialismus aufzubauen. Der Staatssozialismus blieb so integraler Bestandteil ihres politischen Lebensentwurfs. Bei Kaldor kam hinzu, dass er bis zuletzt ganz in der kommunistischen Bewegung verhaftet blieb. Während Nordmann mit der Zeit ins großbürgerliche Milieu der Hauptstadt abrutschte, wo man über den alten Stalinverstehrer, den »vieux stalinien«, lächelte oder die Nase rümpfte, blieb Kaldor in der *Banlieue* vor allem mit Leuten umgeben, die ganz ähnlich dachten

163 Vgl. zum einen das Kapitel »Outcasts«, in: Catherine Epstein, *The Last Revolutionaries. German Communists and Their Century*, Cambridge/London 2003, S. 16–43, sowie das Kapitel »Kriminalisierung«, in: Josef Foscchepoth, *Verfassungswidrig! Das KPD-Verbot im Kalten Bürgerkrieg*, Göttingen 2017, S. 83–105.

164 Vgl. hierzu Jaeger, *Auf der Suche nach »Verfassungsfeinden«*, S. 39–66.

wie er.<sup>165</sup> Mitglied der Kommunistischen Partei sind freilich beide geblieben, Kaldor und Nordmann. Die hier präsentierte kleine Geschichte des Solidarismus dieser Partei und ihrer Vorfeldorganisationen sowie deren Demokratisierung unter den Bedingungen einer mit den Jahren kommunisten französischen Demokratie stellen in Zweifel, dass Attribute wie »stalinistisch«, »totalitär« oder »extremistisch« diese und andere Westkommunisten treffend beschreiben.

---

165 Annette Lévy-Willard, Portrait: Joë Nordmann, in: Libération, 27.5.1996.